

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1988

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Volkszählung 1987	293	Nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung hatten in Rheinland-Pfalz am 25. Mai 1987 insgesamt 3 630 500 Personen ihre Hauptwohnung.
--------------------------	-----	---

Schüler an allgemeinbildenden Schulen 1986 bis 2001	295	Im Anschluß an die Bevölkerungsvorausschätzung auf Basis des Jahres 1986 wurde die regionale Schülerprognose aktualisiert. Auf der Grundlage der Status-quo-Annahme zeigt die Prognoserechnung die voraussichtliche Entwicklung der Schüler- und Absolventenzahlen bis zum Schuljahr 2001/02.
--	-----	---

Grundvermögensdatei des Landes	302	Im Statistischen Landesamt wird eine Grundvermögensdatei geführt, die kurzfristig Angaben über das Grundvermögen des Landes in der jeweils benötigten sachlichen, organisatorischen und regionalen Gliederung bereitstellen kann.
---------------------------------------	-----	---

Strukturwandel im verarbeitenden Gewerbe	306	Der Strukturwandel im verarbeitenden Gewerbe kann am zutreffendsten am Nettoproduktionswert gemessen werden, der auf Betriebsebene jedoch nur im Rahmen der in mehrjährigen Zeitabständen stattfindenden Zensen ermittelt wird.
---	-----	---

Wohnungsmieten 1985	312	Eine Zusatzerhebung zum Mikrozensus ermöglicht für 1985 Angaben über das Mietenniveau. Zuletzt gab es eine derartige Erhebung in den Jahren 1980 und 1982.
----------------------------	-----	--

Anhang	65 *	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	71 *	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Kreisfreie Städte und Landkreise 1988		Teil I und II: Zusammenstellung der wichtigsten bei Redaktionsschluß vorliegenden Kreisergebnisse aus allen Gebieten der amtlichen Statistik.
--	--	---

Positiver Wachstumstrend in Rheinland-Pfalz setzt sich fort

Berechnungen für das erste Halbjahr 1988 bestätigen die weiterhin positive Wachstumsentwicklung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Die Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes liegt unter Zugrundelegung der bis jetzt verfügbaren Daten bei 5,6 %. Real, also nach Beseitigung von Preiseinflüssen, errechnet sich eine Wachstumsrate von 3,6 %. Damit besteht eine ununterbrochene aufwärts gerichtete Entwicklung seit 1982. sc

Schülerzahlen stabilisieren sich, Schulentlassungen noch stark rückläufig**Statistisches Landesamt legt regionale Prognose der Schüler und Schulabsolventen bis 2001 vor**

Der Geburtenrückgang, durch den die Zahl der neugeborenen Kinder innerhalb eines Jahrzehnts bis Mitte der 70er Jahre fast halbiert wurde, hat mit entsprechender zeitlicher Verzögerung charakteristische Wellenbewegungen in den für den Schulbesuch relevanten Altersgruppen ausgelöst, die inzwischen die Primarstufe vollständig und die Sekundarstufe I weitgehend durchlaufen haben. Die Zahl der Grundschüler wird in den nächsten Jahren unter Schwankungen leicht zunehmen, so daß in der zweiten Hälfte der 90er Jahre mit knapp 150 000 Schülern das Ausgangsniveau des Schuljahres 1986/87 um fast 10 % übertroffen wird. Anschließend macht sich jedoch die allmählich wieder sinkende Zahl der Schulanfänger bemerkbar.

Die Zahl der Hauptschüler und der Realschüler geht noch bis zum Ende der 80er Jahre zurück. Während sich die Zahl der Hauptschüler anschließend bei etwa 79 000 stabilisiert, nimmt die Zahl der Realschüler stetig zu und erreicht im Schuljahr 2001/02 voraussichtlich wieder den Stand von 1986/87. Auch die Zahl der Gymnasiasten wird nach einem Tiefstand im Schuljahr 1991/92 wieder leicht ansteigen.

In den nächsten Jahren ist noch mit einem starken Rückgang der Absolventenzahlen zu rechnen. Die Zahl der Schulentlassungen mit Hauptschulabschluß bzw. mit qualifiziertem Sekundarabschluß I sinkt jeweils um mehr als ein Viertel. Die Zahl der Abiturienten, die ihren höchsten Stand erst in den letzten Jahren erreicht hat, wird bis Mitte der 90er Jahre um ein Drittel zurückgehen. Die langanhaltende Anspannung am Lehrstellenmarkt scheint damit bald endgültig überwunden, zugleich zeichnet sich jedoch auf längere Sicht ein möglicher Mangel an Nachwuchskräften für Wirtschaft und Verwaltung ab. ly

Mehr über dieses Thema auf Seite 295

Nachweis des Landesgrundvermögens

Anfang 1983 wurde das 1964 in Rheinland-Pfalz angelegte Landesgrundbesitzverzeichnis auf eine ADV-Datei umgestellt. Erfassungseinheit ist das einzelne Grundstück, wobei die Abgrenzung primär nach den für die Grundstücksverwaltung maßgebenden Kriterien erfolgt. Für jedes Grundstück sind in der Grundvermögensdatei neben der Fläche die Nummern eingespeichert, unter denen das Grundstück im Grundbuch und im Liegenschaftskataster erfaßt wird. Die Fläche des Grundstücks wird in ihrer Gesamtheit nachgewiesen. Bei den bebauten Grundstücken wird die Fläche in bebaut und unbebaut untergliedert, wobei als bebaut die tatsächlich überbaute Fläche dargestellt wird, unter zusätzlicher Angabe des Baujahres. Darüber hinaus wird die Nutzungsart übernommen, die die tatsächliche Nutzung des Flurstücks angibt.

Alle Änderungen innerhalb eines Jahres werden in der Datei chronologisch aufgezeichnet, so daß sich der fortgeschriebene Bestand zum 31. Dezember des betreffenden Jahres aus dem Ausgangsbestand vom 31. Dezember des vorangegangenen Jahres nach der Durchführung der sonstigen Änderungen durch Addition der Zugänge und Subtraktion der Abgänge ergibt.

Die Datei verbessert die Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße und wirtschaftliche Verwaltung der landeseigenen Grundstücke. Sie schafft darüber hinaus die Möglichkeit, kurzfristig Angaben über das Grundvermögen des Landes in der jeweils benötigten sachlichen, organisatorischen und regionalen Gliederung bereitzustellen. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 302

Partnerland Ruanda lieferte für 4,4 Mill. DM Kaffee

Der Handel zwischen Rheinland-Pfalz und seinem afrikanischen Partnerland Ruanda erreichte im Jahre 1987 einen Wert von 14,6 Mill. DM. Davon entfielen auf die Lieferungen 10,2 Mill. DM und die Bezüge 4,4 Mill. DM. Im Vergleich zu 1986 stiegen die Exporte um 39 %, während die Importe um den gleichen Prozentsatz zurückgingen. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft lieferte vor allem Kraftfahrzeuge für 9,6 Mill. DM und Maschinen für knapp 0,5 Mill. DM. Sie bezog ausschließlich Kaffee.

Seit 1981 haben sich die Exporte vervierfacht, während die Importe, die zum damaligen Zeitpunkt erheblich höher als die Exporte waren und in den Folgejahren bis 1984 auf den Rekordstand von 37 Mill. DM zunahmen, inzwischen nur noch ein Achtel des Höchstwertes erreichen. Dazu trug die Preisentwicklung auf den internationalen Rohstoffmärkten bei. Der Kilopreis für Kaffee aus Ruanda belief sich im Jahre 1985 auf 9,09 DM, im Jahre 1987 dagegen nur noch auf 4,72 DM. sr

Starke Expansion der Investitionsgüterindustrie

Der in den 70er und 80er Jahren beobachtete Strukturwandel im verarbeitenden Gewerbe von Rheinland-Pfalz kann am zutreffendsten am Nettoproduktionswert der Betriebe gemessen werden, der im Rahmen der Zensen 1967, 1979 und 1985 ermittelt wurde. Danach hat in dem Zeitraum von 18 Jahren zwischen dem ersten und letzten Zensus das Investitionsgüter produzierende Gewerbe vor allem auf Kosten des Grundstoff- und Produktionsgüterbereichs und des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes stark expandiert. Während sich dadurch der Anteil des Investitionsgütersektors an der Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes um 11 Punkte auf 32 % erhöhte, ging der Anteil des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes um 4 Punkte auf 42 % sowie des Verbrauchsgüterbereichs um 3 Punkte auf 17 % zurück.

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im September 1988		
Indexbezeichnung	1980=100	Veränderung zu Sept. 1987 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke,Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	116,6	0,4
Bekleidung, Schuhe	124,0	1,1
Wohnungsmieten	133,0	2,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	102,2	- 3,2
Möbel, Haushaltsgeräte u.a. Güter für die Haushaltsführung	122,2	1,2
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	125,1	1,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	122,2	2,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	119,7	1,2
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	137,5	2,9
Gesamtlebenshaltung	122,6	1,4
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	122,1	1,2
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	123,9	1,6
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern		
Gesamtlebenshaltung	121,8	1,1

Die Expansion im Investitionsgütersektor war mit einem Konzentrations- und Rationalisierungsprozeß verbunden. In den letzten sechs Jahren nahm die Zahl der Betriebe stärker ab als die Beschäftigtenzahl, während sich vor allem der Nettoproduktionswert je Beschäftigten deutlich erhöhte. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 306

Südkoreas Wachstumskurs spiegelt sich auch in den positiven außenwirtschaftlichen Beziehungen zu Rheinland-Pfalz

Die Republik Korea (Südkorea), Land der Olympischen Sommerspiele 1988, hat mit 43,4 Mill. Einwohnern auf 98 484 km² Land eine relativ hohe Bevölkerungsdichte von 441 Einwohner je Quadratkilometer. Die umfassende Integration Südkoreas in den Weltmarkt stützt sich auf die Exportförderungsstrategie in den 60er Jahren, auf die wachsende Bedeutung der industriellen Fertigung (Chemie- und Schwerindustrie, Schiff- und Maschinenbau, Automobil- und Elektronik-industrie) in den 70er und 80er Jahren sowie auf die hohe Investitionsbereitschaft in Chipentwicklung und Gentechnologie.

Südkorea war noch 1985 mit 46 Mrd. US-Dollar verschuldet, hat aber seit Anfang 1986 einen Schuldenabbau um 10 Mrd. US-Dollar realisiert. Die Tendenz vom Schuldner- zum Gläubigerland hält bis heute unvermindert an. Vom viertgrößten Schuldnerland der Welt im Jahre 1985 hat sich Südkorea, auch Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IWF), von der aktuellen Schuldenproblematik weitgehend losgelöst.

Zu den wichtigsten Exportgütern Südkoreas zählen neben elektronischen Konsumgütern, Textilien, Fischprodukte, Eisenerze und Wolfram. Bei den Importgütern stehen industrielle Fertigwaren an erster Stelle. Neben USA, Kanada, Philippinen, Taiwan und Hongkong gewinnen Japan und Europa – hier besonders die Bundesrepublik Deutschland – zunehmende Bedeutung als Handelspartner.

Besonders durch eine Importsubstitution konnte die defizitäre Leistungsbilanz und speziell die negative Handelsbilanz nachhaltig verbessert werden. Hierbei haben gerade der IWF und die Weltbank, als Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, maßgeblichen Anteil, in dem sie auf die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ziele dieses vormals großen Kreditnehmerlandes Rücksicht nahmen.

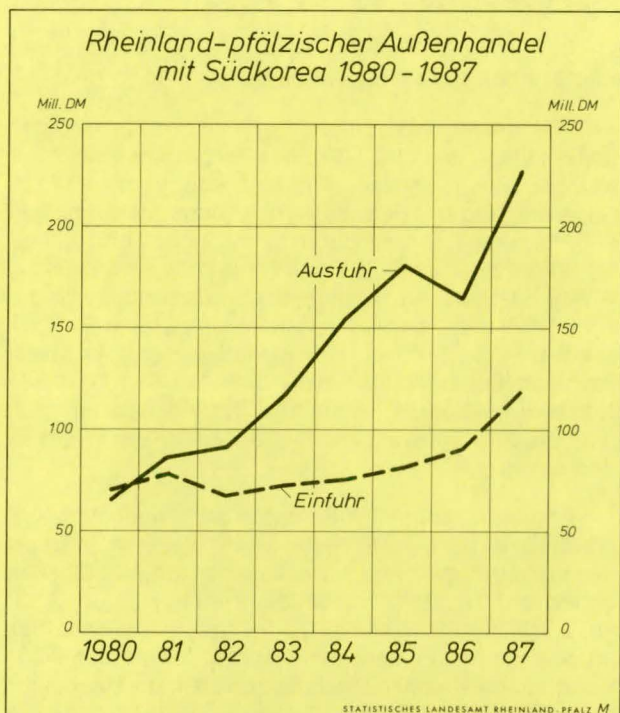
Auch der Außenhandel zwischen Rheinland-Pfalz und Südkorea kennzeichnet sich in diesem Prozeß durch eine dynamische Aufwärtsentwicklung. Die Ausfuhr

kurz + aktuell

Außenhandelsumsatz 1987 vergleichbarer fernöstlicher Entwicklungsländer mit Rheinland-Pfalz			
Herstellungs- bzw. Verbrauchsland	Einfuhr aus ...	Ausfuhr nach ...	Umsatz (Einfuhr + Ausfuhr)
	1 000 DM		
Südkorea	118 283	227 318	345 601
Taiwan	138 229	150 228	288 517
Hongkong	84 616	195 250	280 066
Thailand	70 430	123 654	194 084
Malaysia	75 990	68 071	144 061
Indonesien	25 115	108 348	133 463
Singapur	14 677	86 297	100 974

expandierte von 65 Mill. DM in 1980 auf 227 Mill. DM in 1987 um das 3,5fache. Dies entspricht von 1980 bis 1987 einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 20 %. Das Einfuhrvolumen betrug 1980 noch 70 Mill. DM und stieg bis 1987 auf 118 Mill. DM (+ 69 %) um das 1,7fache. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate rheinland-pfälzischer Einfuhren aus Südkorea betrug in den 1980er Jahren 7,8 %.

Zu den bedeutendsten Ausfuhrwaren des Landes Rheinland-Pfalz nach Südkorea zählten 1987 chemische Erzeugnisse, Kunststoffe, Kraftfahrzeuge und



kurz + aktuell

Maschinen. Dagegen wurden aus Südkorea in erster Linie Kleidungsartikel und Strickwaren, elektrotechnische Erzeugnisse, Rohtabak sowie feinmechanische und optische Geräte eingeführt.

Gemessen am Außenhandelsumsatz (Ein- und Ausfuhr) der vergleichbaren Entwicklungsländer in dieser fernostasiatischen Region mit Rheinland-Pfalz steht Südkorea (346 Mill. DM) vor Taiwan (289 Mill. DM) und Hongkong (280 Mill. DM) 1987 an der Spitze. Die Rangfolge der wichtigsten Herstellungsländer der aus dieser Region bezogenen Waren wurde im letzten Jahr jedoch von Taiwan (138 Mill. DM) angeführt, gefolgt von Südkorea (118 Mill. DM). kl

Günstige Mietenstruktur

Im Juni 1985 kostete eine Mietwohnung in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt 409 DM. Der mittlere Quadratmeterpreis lag mit 5,65 DM um 88 Pfennig höher als 1982 (+ 18 %). Das Mietniveau ist im Vergleich zu den anderen Bundesländern in Rheinland-Pfalz besonders niedrig.

Mietwohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung hatten einen Quadratmeterpreis von 6,08 DM, nur mit Bad und WC von 4,97 DM. Die Preise für weniger gut ausgestattete Wohnungen erhöhten sich seit 1982 stärker (+ 26 %) als die der Komfortwohnungen (+ 16 %). hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 312

Bautätigkeit über Vorjahresniveau

Die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden genehmigten im Juli 1 530 Bauanträge. Das sind 7,2 % weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Genehmigungen betrafen 872 neue Wohnhäuser (- 5,3 %) und 192 Neubauten für Wirtschaft und Öffentlichkeit (- 2,5 %). In 466 Fällen (- 12,1 %) sind bauliche Veränderungen an bestehenden Gebäuden vorgesehen. Bei den Neubauten handelt es sich um 691 Einfamilienhäuser, 140 Zweifamilienhäuser und 41 Mehrfamilienhäuser mit 196 Wohnungen. Unter den 192 Nichtwohngebäuden waren 160 Betriebsgebäude, von denen 38 für landwirtschaftliche Zwecke genutzt werden sollen.

Von Januar bis Juli 1988 wurden 5 494 neue Wohngebäude und damit 2,7 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres genehmigt. Die Zahl der zum Neubau freigegebenen Nichtwohngebäude erhöhte sich um 3,2 % auf 1 112. In 2 905 Fällen (+ 7,9 %) sind Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden geplant. Die für sämtliche Hochbaumaßnahmen kalkulierten reinen Baukosten belaufen sich auf 3,1 Mrd. DM (+ 0,7 %). ju

Volkszählung 1987

Über 25 200 Einwohner mehr im Land als nach der statistischen Fortschreibung, im ländlichen Raum sogar mehr Einwohner als 1970

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung 1987 leben in Rheinland-Pfalz rund 3 630 500 Einwohner am Ort der Hauptwohnung. Das sind nur knapp 15 000 Einwohner weniger als nach der Volkszählung 1970, aber über 25 200 mehr als nach der Fortschreibung zum 24. Mai 1987 auf der Grundlage der letzten Volkszählung im Jahre 1970.

Regional sind die Abweichungen zwischen Volkszählungsergebnis und Fortschreibung recht unterschiedlich. Während in Koblenz 1 700 und in Mainz 16 800 Einwohner weniger ermittelt wurden als durch die Fortschreibung, haben alle übrigen kreisfreien Städte nach der Volkszählung eine höhere Einwohnerzahl als bisher errechnet. Bemerkenswert ist vor allem die Situation im ländlichen Raum, da in 22 Landkreisen die Einwohnerzahlen gegenüber der Fortschreibung höher liegen. Sie bleiben nur im Rhein-Lahn-Kreis und im Landkreis Ludwigshafen darunter.

In den Landkreisen, die 73,6 % der Bevölkerung umfassen, liegen die Einwohnerzahlen der Volkszählung 1987 sogar höher als nach der Volkszählung 1970. Nach den ersten Daten der Arbeitsstättenzählung haben die Arbeitsstätten seit 1970 in den kreisfreien Städten um 3,9 %, in den Landkreisen um 5,1 % zugenommen. Ein Schwerpunkt der Zunahmen liegt im Regierungsbezirk Koblenz mit 8 %.

Am 25. Oktober 1988 hat das Statistische Landesamt den Stadt- und Gemeindeverwaltungen die vorläufigen Bevölkerungszahlen nach der Volkszählung übermittelt. Etwaige Einwendungen können die Verwaltungen bis 18. November 1988 erheben. Mit der Bekanntgabe der endgültigen Ergebnisse ist Ende November zu rechnen. Dann werden auch detaillierte Resultate und umfassende Untersuchungen vorgelegt.

Tabelle siehe nächste Seite ➤

Volkszählung 1970 und 1987 sowie Fortschreibung der Bevölkerung

Gebietskörperschaft	Bevölkerung am 27. 5. 1970 (heutiger Gebietsstand)	Fortschreibung der Bevölkerung zum 24. 5. 1987	Bevölkerung am 25. 5. 1987
Kreisfreie Stadt Koblenz	119 434	109 945	108 247
Landkreise			
Ahrweiler	103 862	110 838	111 231
Altenkirchen (Ww.)	121 181	119 802	120 756
Bad Kreuznach	147 360	144 148	144 768
Bad Kreuznach, St	42 146	39 711	38 942
Birkenfeld	93 619	84 534	85 485
Idar-Oberstein, St	39 000	33 807	33 644
Cochem-Zell	65 998	58 988	60 533
Mayen-Koblenz	186 974	184 768	188 283
Andernach, St	27 140	26 501	26 739
Mayen, St	20 765	18 433	18 584
Neuwied	148 202	154 667	156 329
Neuwied, St	62 560	58 130	60 261
Rhein-Hunsrück-Kreis	87 450	88 859	89 553
Rhein-Lahn-Kreis	120 183	116 172	115 760
Lahnstein, St	19 695	17 957	17 827
Westerwaldkreis	160 006	170 199	170 691
RB Koblenz	1 354 269	1 342 920	1 351 636
Kreisfreie Stadt Trier	103 724	92 748	94 111
Landkreise			
Bernkastel-Wittlich	109 983	105 817	106 491
Bitburg-Prüm	93 396	86 964	89 483
Daun	56 954	55 850	57 040
Trier-Saarburg	118 355	124 714	125 216
RB Trier	482 412	466 093	472 341
Kreisfreie Städte			
Frankenthal (Pfalz)	40 898	44 330	44 717
Kaiserslautern	99 617	96 337	97 323
Landau i. d. Pfalz	38 644	35 184	36 056
Ludwigshafen a. Rhein	178 298	151 761	156 601
Mainz	172 195	189 290	172 516
Neustadt a. d. Weinstr.	51 781	48 278	50 120
Pirmasens	57 773	45 858	47 997
Speyer	41 763	42 862	44 034
Worms	76 697	71 994	73 636
Zweibrücken	38 251	32 614	33 373
Landkreise			
Alzey-Worms	96 304	98 371	99 619
Bad Dürkheim	114 782	118 666	120 127
Donnersbergkreis	66 957	66 289	65 756
Germersheim	91 680	101 712	103 288
Kaiserslautern	96 314	94 417	95 116
Kusel	79 040	73 393	75 029
Südliche Weinstraße	98 206	95 553	97 348
Ludwigshafen	115 136	129 852	129 795
Mainz-Bingen	151 274	162 253	163 836
Bingen am Rhein, St	25 542	22 099	23 070
Ingelheim am Rhein, St	19 735	21 621	21 081
Pirmasens	103 146	97 256	99 242
RB Rheinhessen-Pfalz	1 808 756	1 796 270	1 806 529
Rheinland-Pfalz	3 645 437	3 605 283	3 630 506
Kreisfreie Städte	1 019 075	961 201	958 731
Landkreise	2 626 362	2 644 082	2 671 775

Schüler an allgemeinbildenden Schulen 1986 bis 2001

– Ergebnisse der regionalen Schülerprognose –

Die regionale Schülerprognose ist seit einigen Jahren fester Bestandteil im Prognoseprogramm des Statistischen Landesamtes. Im Anschluß an die Bevölkerungsvorausschätzung auf Basis des Jahres 1986 wurde die Schülerprognose aktualisiert; sie umfaßt nun den Zeitraum von 1987 bis 2001. Die Fortschreibung geht von den Schülerzahlen des Schuljahres 1986/87 aus. Die zur Vorausschätzung der Schülerbewegungskomponenten benötigten Koeffizienten wurden entsprechend der neueren Entwicklung modifiziert.

Das Prognoseverfahren¹⁾ ist weitgehend unverändert geblieben. Den Kern des Modells bildet ein Fortschreibungsansatz, dessen Grundgedanke eine möglichst realitätsgetreue Abbildung der Modalitäten ist, nach denen die Schüler das Schulsystem durchlaufen. Ausgangspunkt ist der Schülerbestand zu Beginn des Basisschuljahres, der um die Schülerabgänge am Ende des Schuljahres verringert wird. Die verbleibenden Schüler können die Klassenstufe wiederholen oder rücken, als Regelfall, in die nächsthöhere Klassenstufe vor. Zusammen mit den übrigen Zugängen ergibt sich ein neuer Ausgangsbestand am Beginn des folgenden Schuljahres. Dieser Vorgang wiederholt sich bis zum Ende des Prognosezeitraums, wobei die Fortschreibung jeweils um die erstmals eingeschulten Kinder ergänzt wird. Die Sonderschüler werden mittels sogenannter Strukturquoten prognostiziert, die den Anteil der Schüler eines Altersjahrgangs an der gleichaltrigen Bevölkerung darstellen.

Die Einschulungen als Schnittstelle zur Bevölkerungsprognose sowie die Schülerübergänge von der 4. in die 5. Klassenstufe bilden die Schlüsselstellen des Systems. In beiden Punkten konnte das Verfahren im Detail verbessert werden:

1) Vgl. H. Libowitzky: Regionale Schülerprognose mit verbessertem Modellansatz. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jahrgang 37, Heft 9, September 1984.

- Der Stützzeitraum für die Berechnung der Einschulungsquote der Sechsjährigen wird um ein Jahr zurückverlegt. Dahinter steht die Überlegung, daß zwischen der Einschulungsquote der Siebenjährigen und der Einschulungsquote der Sechsjährigen im vorangegangenen Schuljahr ein Zusammenhang besteht. Diese Beziehung kann nicht vernachlässigt werden, wenn die Quoten von Jahr zu Jahr stärkeren Schwankungen unterworfen sind, wie bei kleineren regionalen Einheiten häufig zu beobachten ist.
- Bei den Berechnungen zum Übergangsverhalten wurden die Integrierten Gesamtschulen mit Ausnahme der Schule in Kastellaun bisher den Gymnasien zugeordnet. Bei der Neuerrichtung der Integrierten Gesamtschule in Mainz hat sich, ähnlich wie bereits vor einigen Jahren in Ludwigshafen, gezeigt, daß die Übergangsquote auf Gymnasien hiervon anscheinend kaum tangiert wird, während bei der Übergangsquote auf Realschulen ein deutlicher Rückgang festzustellen ist. Aus diesem Grunde werden die Integrierten Gesamtschulen in Kaiserslautern, Ludwigshafen und Mainz bei der Ermittlung der regionalisierten Übergangsquoten nunmehr in den Realschulbereich einbezogen.

Die regionale Schülerprognose deckt den Bereich der allgemeinbildenden Schulen fast vollständig ab. Sie umfaßt Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen und Schulen für Lernbehinderte. Nicht berücksichtigt sind die übrigen Sonderschulformen und die Freien Waldorfschulen. Auf den Nachweis der Integrierten Gesamtschulen wird im folgenden bei den Schülerzahlen verzichtet, in die Absolventenzahlen sind sie jedoch einbezogen. Bei den noch bestehenden Volksschulen und den organisatorisch verbundenen Grund- und Hauptschulen wird die Primarstufe den Grundschulen und die Sekundarstufe I den Hauptschulen zugerechnet.

Ersteinschulungen in den Regierungsbezirken 1986/87 – 2001/02

Schuljahr	Insgesamt	Regierungsbezirk			Insgesamt	Regierungsbezirk		
		Koblenz	Trier	Rheinhesen-Pfalz		Koblenz	Trier	Rheinhesen-Pfalz
	1000					Meßzahlen 1986/87 = 100		
1986/87	35,2	13,2	4,9	17,1	100,0	100,0	100,0	100,0
1987/88	36,7	13,7	5,1	17,9	104,0	103,4	104,5	104,4
1988/89	36,7	13,7	5,1	18,0	104,1	103,4	103,8	104,7
1989/90	35,8	13,2	4,9	17,8	101,7	99,8	100,1	103,6
1990/91	35,1	12,9	4,8	17,4	99,5	97,5	97,6	101,6
1991/92	35,0	12,9	4,8	17,3	99,2	97,8	97,1	100,9
1992/93	35,7	13,3	4,8	17,7	101,4	100,4	97,1	103,3
1993/94	36,6	13,6	4,9	18,1	104,0	103,2	100,9	105,4
1994/95	36,7	13,7	5,1	18,0	104,3	103,5	104,1	104,9
1995/96	36,9	13,7	5,1	18,0	104,7	104,1	104,9	105,2
1996/97	37,0	13,8	5,2	18,0	104,9	104,4	105,3	105,2
1997/98	36,9	13,8	5,2	18,0	104,7	104,2	105,3	104,8
1998/99	36,6	13,7	5,1	17,8	103,9	103,5	104,6	104,1
1999/00	36,2	13,5	5,1	17,6	102,6	102,2	103,2	102,8
2000/01	35,6	13,3	5,0	17,3	100,9	100,5	101,4	101,1
2001/02	34,8	13,0	4,8	17,0	98,7	98,2	99,1	99,0

Schüler an allgemeinbildenden Schulen ¹⁾ am Schuljahresanfang nach Schularten 1986/87 – 2001/02

Schuljahr	Insgesamt	Grundschulen	Hauptschulen	Realschulen	Gymnasien	Schulen für Lernbehinderte
	1000					
1986/87	381,5	137,4	86,1	51,1	98,9	8,0
1987/88	372,2	140,9	80,9	48,2	94,6	7,5
1988/89	366,2	143,8	78,0	46,1	91,2	7,2
1989/90	362,7	146,2	76,2	45,0	88,1	7,1
1990/91	360,8	146,2	75,9	45,2	86,4	7,1
1991/92	360,5	144,7	77,1	45,8	85,9	7,1
1992/93	362,2	143,7	78,3	46,7	86,3	7,1
1993/94	365,0	144,5	79,1	47,5	86,8	7,1
1994/95	368,2	146,1	79,6	48,2	87,3	7,1
1995/96	371,0	148,0	79,4	48,8	87,7	7,1
1996/97	372,8	149,3	78,9	49,2	88,3	7,1
1997/98	373,9	149,6	78,7	49,5	89,1	7,0
1998/99	375,0	149,5	78,8	49,8	89,9	7,0
1999/00	375,8	148,8	79,3	50,2	90,5	7,0
2000/01	376,0	147,4	79,9	50,8	90,8	7,1
2001/02	375,1	145,3	80,4	51,5	91,0	7,0

1) Ohne übrige Sonderschulformen, Freie Waldorfschulen und Integrierte Gesamtschulen.

Einschulungen ziemlich konstant

Die Zahl der neugeborenen Kinder hat sich innerhalb eines Jahrzehnts von Mitte der 60er Jahre bis Mitte der 70er Jahre fast halbiert und verharrt seither unter leichten Schwankungen auf einem Niveau von etwa 35 000 Geburten im Jahr. Der Geburtenrückgang hat mit entsprechender zeitlicher Verzögerung charakteristische Wellenbewegungen in den für den Schulbesuch relevanten Altersgruppen ausgelöst, die inzwischen die Primarstufe vollständig und die Sekundarstufe I weitgehend durchlaufen haben. Im Gefolge der Geburtenentwicklung seit Mitte der 70er Jahre zeichnet sich für die 90er Jahre zunächst eine Stabilisierung der demographischen Komponente in allen Schularten ab.

Die Zahl der Ersteinweisungen (Schulanfänger ohne diejenigen Kinder, die nach Zurückstellung im Laufe des vorangegangenen Schuljahres erneut eingeschult werden) erreichte in der ersten Hälfte der 80er Jahre ihren tiefsten Stand. Im Schuljahr 1986/87 wurden 35 200 Kinder eingeschult. Im Prognosezeitraum schwankt die Zahl der Schulanfänger in einer Bandbreite zwischen 35 000 und 37 000 Kindern. Nach dem Höchststand Mitte der 90er Jahre setzt eine rückläufige Tendenz ein, die voraussichtlich länger anhalten wird. Hierauf deutet die prognostizierte Geburtenentwicklung hin.

Fast 10 % mehr Grundschüler

Auch die Zahl der Grundschüler hat den Tiefpunkt ihrer Entwicklung bereits durchschritten. Im Prognosezeitraum zeigt sich zunächst eine unter Schwankungen leicht ansteigende Tendenz, so daß die Schülerzahl von 137 400 im Basisschuljahr 1986/87 auf knapp 150 000 in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zunimmt. Anschließend macht sich die allmählich sinkende Zahl der Schulanfänger bemerkbar, die Zahl der Grundschüler wird bis zum Schuljahr 2001/02 wieder auf 145 300 zurückgehen.

Tendenzen des Übergangsverhaltens

Neben der demographischen Komponente, die bereits aus der Bevölkerungsvorausschätzung bekannt ist,

soll die regionale Schülerprognose vor allem künftige Veränderungen des Bildungsverhaltens berücksichtigen. Die Präferenzen für einen bestimmten Bildungsabschluß und die daraus resultierende Wahl der Schulart schlagen sich hauptsächlich in den Übergangsquoten beim Wechsel von der Grundschule auf die verschiedenen weiterführenden Schulen nieder.

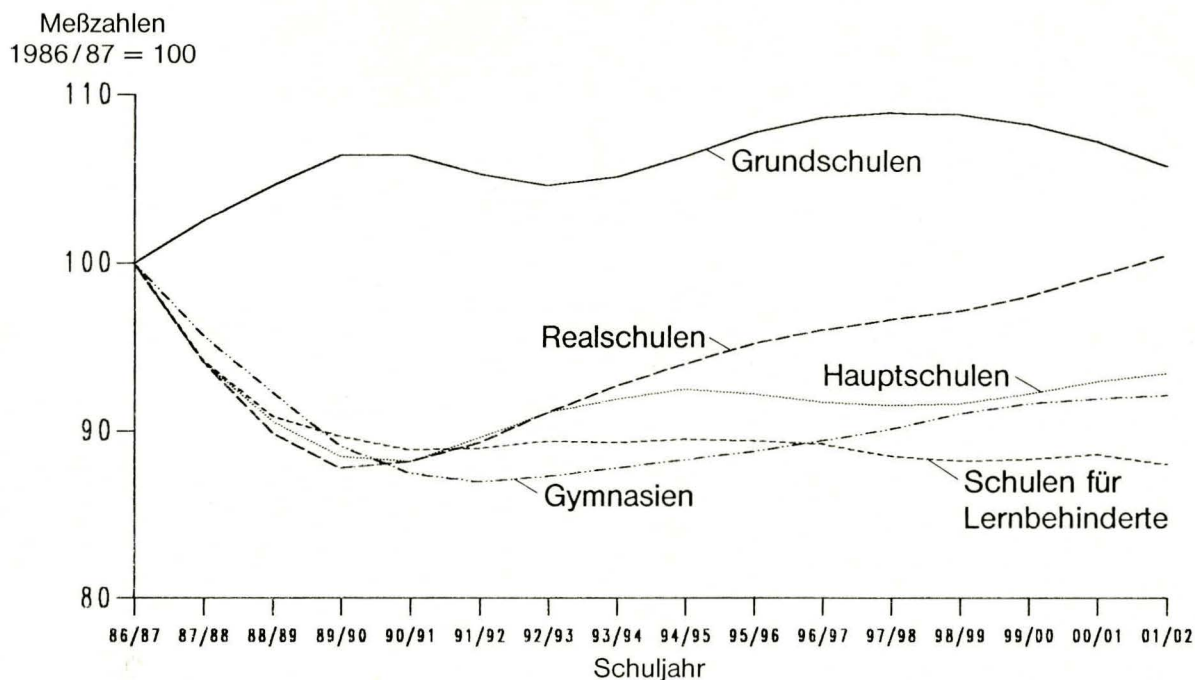
Die Berechnung der Übergangsquoten im Rahmen der Prognose basiert nicht auf den Übergängen selbst, sondern auf den Schülerzahlen der 5. Klassenstufe, da nur auf dieser Datengrundlage das Übergangsverhalten in der benötigten regionalen Gliederungstiefe (Verbandsgemeinde bzw. verbandsfreie Gemeinde als Wohnort der Schüler) bestimmt werden kann. Die Entwicklung in der Vergangenheit zeigt seit der ersten Hälfte der 70er Jahre einen fast ununterbrochenen Rückgang der Übergangsquote auf Hauptschulen, während der Anteil der Übergänge auf Realschulen bzw. auf Gymnasien tendenziell deutlich zugenommen hat. Für den Prognosezeitraum wird unterstellt, daß im Landesdurchschnitt die Übergangsquote auf Gymnasien auf dem zuletzt erreichten, schon recht hohen Niveau von 31 % verharrt, während für die Realschulen ein abgeschwächter trendmäßiger Anstieg um 1,5 Prozentpunkte bis auf 22,6 % im Schuljahr 2000/01 angenommen wird. Entsprechend würde die Übergangsquote auf Hauptschulen auf 44,2 % zurückgehen.

Differenzierte Entwicklung bei den weiterführenden Schulen

Die Zahl der Hauptschüler bzw. der Realschüler geht noch bis zum Ende der 80er Jahre jeweils um etwa 12 % zurück. Nach einem geringfügigen Anstieg stabilisiert sich die Zahl der Hauptschüler in den 90er Jahren auf einem Niveau um 79 000. Die Zahl der Realschüler nimmt dagegen stetig zu, sie liegt am Ende des Prognosezeitraums um etwa 14 % über dem Tiefstand von 1989/90 und erreicht mit 51 500 Schülern wieder das Niveau des Basisschuljahres 1986/87.

Entsprechend der längeren Verweildauer der Schüler hält der Rückgang an den Gymnasien bis zum Schuljahr

Schüler an allgemeinbildenden Schulen¹⁾ am Schuljahresanfang nach Schularten 1986/87 – 2001/02



1) Ohne übrige Sonderschulformen, Freie Waldorfschulen und Integrierte Gesamtschulen

144/88

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

1991/92 an, die Zahl der Gymnasiasten liegt dann mit knapp 86 000 etwa 13 % unter dem Ausgangswert des Basisschuljahres. Anschließend setzt ein stetiger leichter Anstieg ein, so daß für das Schuljahr 2001/02 wieder 91 000 Gymnasiasten prognostiziert werden.

Die Entwicklung der Schülerzahlen an den Schulen für Lernbehinderte entspricht weitgehend derjenigen der Hauptschulen. Gegen Ende der 80er Jahre wird mit etwas über 7 000 Sonderschülern ein Stand erreicht, der sich bis zum Ende des Prognosezeitraums voraussichtlich kaum verändert.

Erhebliche regionale Entwicklungsunterschiede

Die Abweichungen von diesen großräumigen Tendenzen sind auf Kreisebene teilweise beträchtlich. Die Bandbreite der Veränderungsrate, über den gesamten Zeitraum von 1986 bis 2001 gesehen, liegt bei den Grundschulen zwischen -12 % (Stadt Zweibrücken) und +19 % (Landkreis Daun). In den meisten Kreisen nimmt die Zahl der Grundschüler etwas zu, ein Rückgang wird außer für Zweibrücken für die Stadt Pirmasens (-8 %) prognostiziert. In den Städten Koblenz und Frankenthal sowie im Landkreis Pirmasens ist die Schülerzahl am Ende des Prognosezeitraums etwa ebenso hoch wie im Basisschuljahr.

Während die Entwicklung an den Grundschulen hauptsächlich von den demographischen Tendenzen im jeweiligen Kreisgebiet geprägt wird, tritt bei den

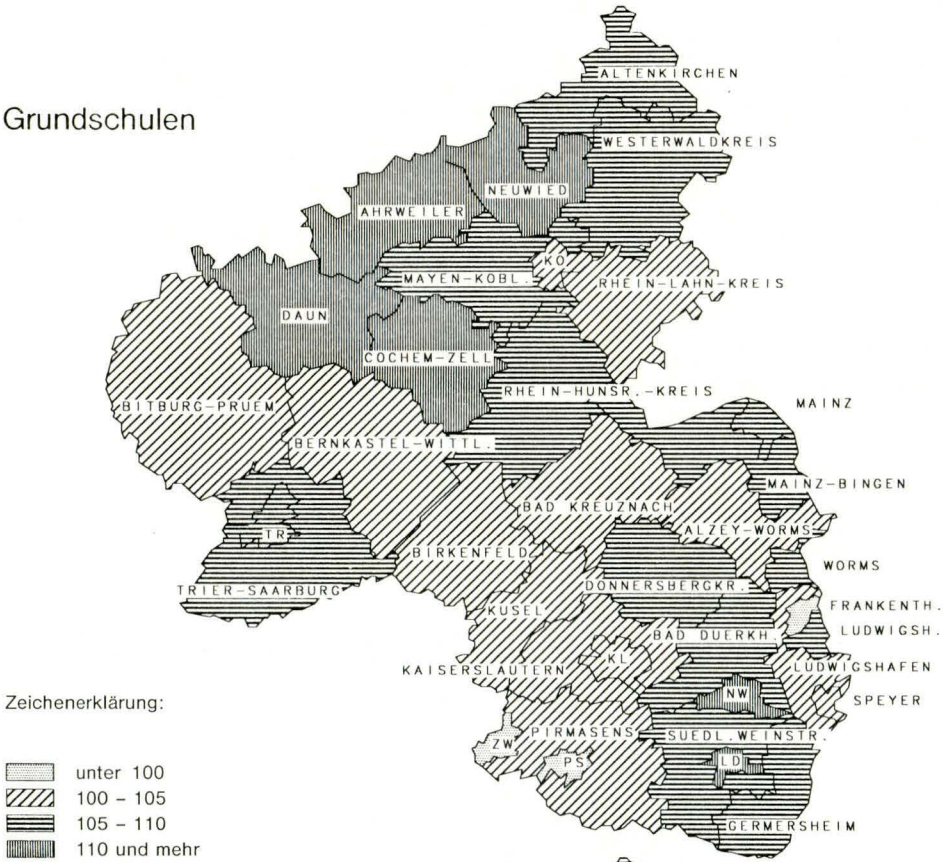
weiterführenden Schulen das örtlich unterschiedliche Übergangsverhalten als weitere Determinante hinzu. Bei den Realschulen und Gymnasien, seltener bei den Hauptschulen, spielt schließlich noch die Verflechtung mit dem Umland eine wichtige Rolle, insbesondere in den kreisfreien Städten reicht der Einzugsbereich der Schulen über die Kreisgrenzen hinaus. Dem landesweiten Trend entsprechend nimmt die Zahl der Hauptschüler in den meisten Kreisen mehr oder weniger stark ab. Eine deutlichere Zunahme von 3 % und mehr wird nur für die Städte Landau und Neustadt sowie die Landkreise Ahrweiler und Ludwigshafen prognostiziert. Bei den Realschulen wird, wie auch auf Landesebene, die Schülerzahl des Basisschuljahres gegen Ende des Prognosezeitraums vielfach erreicht oder leicht überschritten. In einzelnen Kreisen zeichnen sich auch kräftigere Steigerungen ab, so etwa in den Landkreisen Daun (+27 %) und Alzey-Worms (+19 %), denen andererseits deutliche Rückgänge gegenüberstehen. Letzteres gilt insbesondere für die Stadt Mainz (-18 %), wo sich der schrittweise Aufbau der 1986 neu errichteten Integrierten Gesamtschule bemerkbar machen wird. Auch bei den Gymnasiasten streuen die Änderungsraten in einer Bandbreite zwischen +8 % und -24 %, wobei die Rückgänge, entsprechend der landesdurchschnittlichen Tendenz, bei weitem überwiegen.

Der Verlauf der Entwicklung im Prognosezeitraum entspricht trotz dieser regional unterschiedlichen Ausprägungen annähernd dem Landestrend. Auch in den einzelnen Kreisen ist der Schrumpfungsprozeß an den

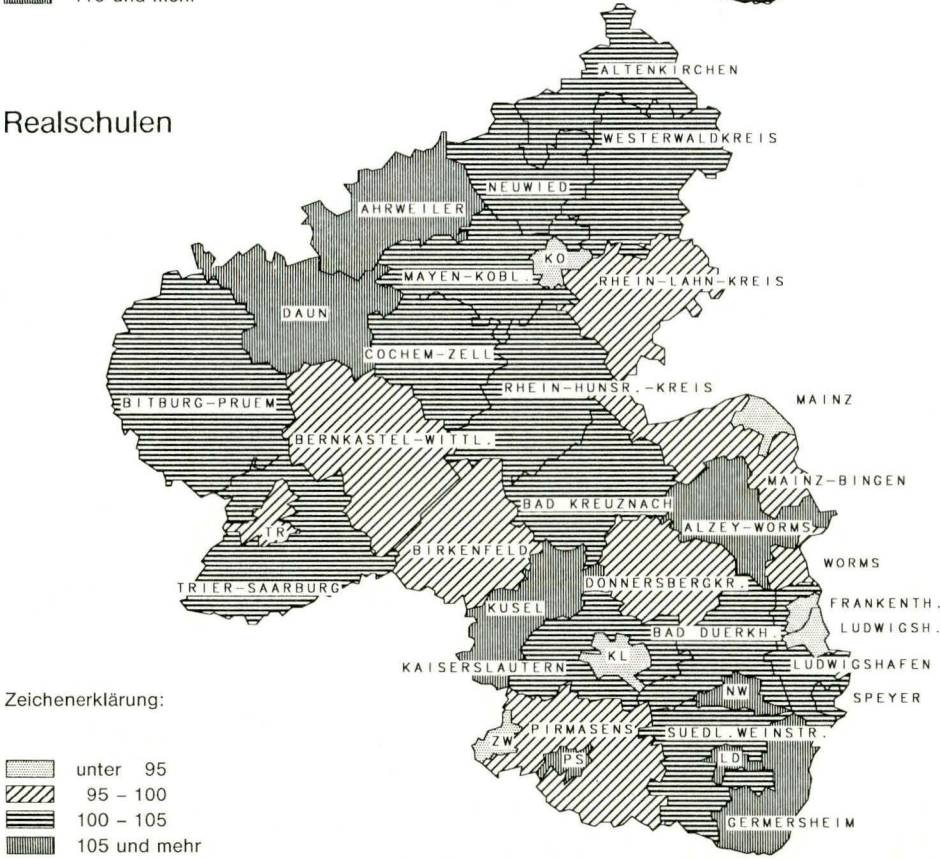
Entwicklung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen

Meßzahlen

Grundschulen



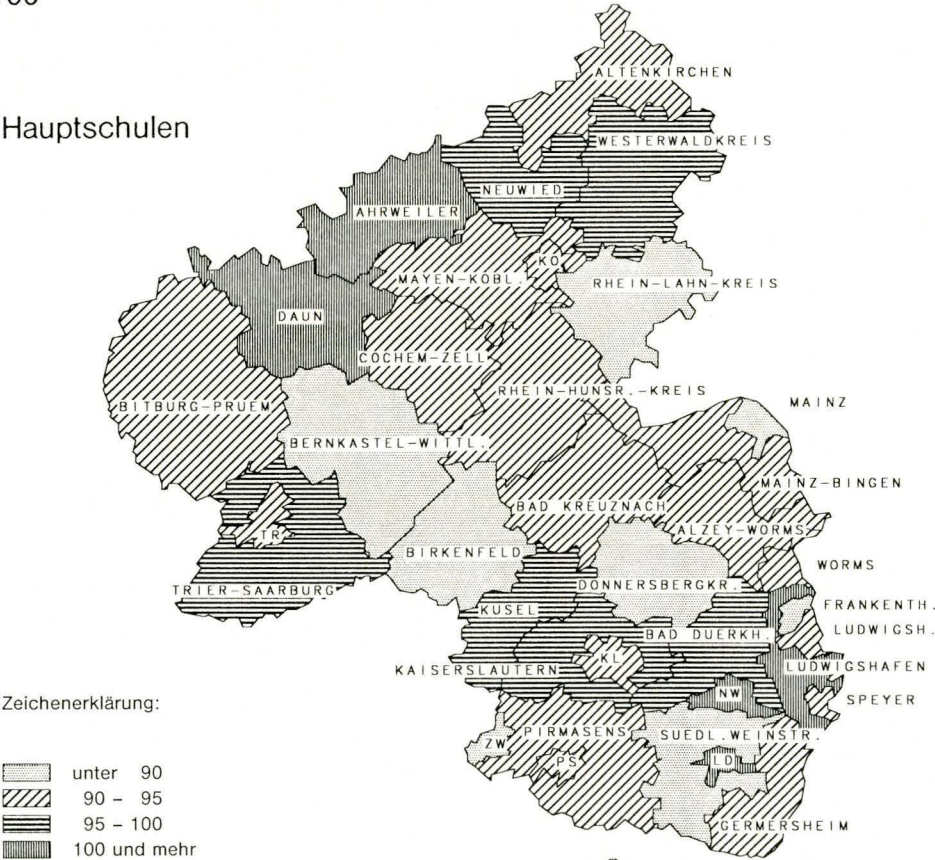
Realschulen



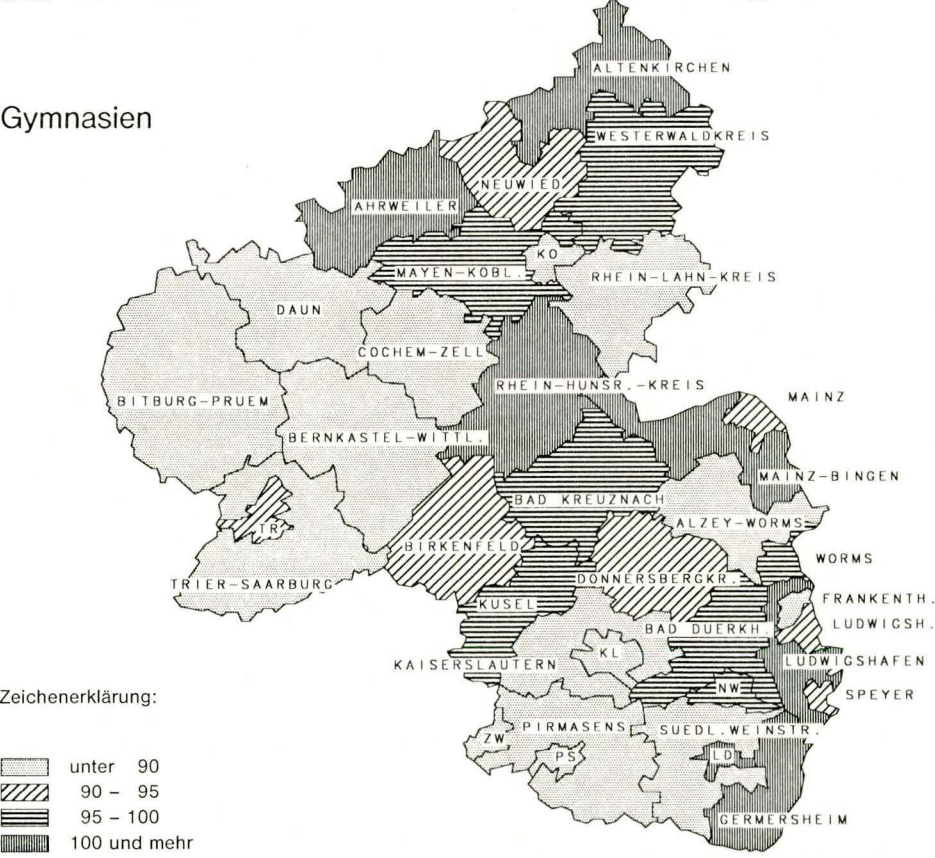
in den Verwaltungsbezirken 1986/87 - 2001/02

1986/87 = 100

Hauptschulen



Gymnasien



**Schulentlassungen von allgemeinbildenden Schulen¹⁾ am Schuljahresende
nach der Art des Entlassungszeugnisses 1986/87 – 2001/02**

Schuljahr	Insgesamt	Ohne Hauptschul- abschluß ²⁾	Mit Hauptschul- abschluß	Mit quali- fiziertem Sekundar- abschluß I	Mit Hochschul- reife	Ohne Hauptschul- abschluß ²⁾	Mit Hauptschul- abschluß	Mit quali- fiziertem Sekundar- abschluß I	Mit Hochschul- reife
	1000				Anteil an den Schulentlassungen insgesamt in %				
1986/87	46,2	3,2	18,4	14,0	10,6	6,9	39,9	30,3	23,0
1987/88	42,8	2,9	16,6	13,0	10,3	6,8	38,7	30,5	24,0
1988/89	39,6	2,7	15,2	11,7	10,0	6,9	38,4	29,5	25,2
1989/90	36,9	2,6	14,5	10,6	9,2	7,2	39,2	28,7	24,9
1990/91	35,3	2,6	13,7	10,4	8,6	7,3	38,7	29,6	24,3
1991/92	34,1	2,6	13,6	10,1	7,8	7,6	39,9	29,6	22,9
1992/93	33,9	2,6	13,8	10,1	7,4	7,7	40,7	29,8	21,8
1993/94	33,6	2,7	13,6	10,3	7,1	7,9	40,4	30,5	21,1
1994/95	34,2	2,7	14,2	10,2	7,1	8,0	41,3	29,9	20,8
1995/96	35,2	2,8	14,7	10,7	7,1	7,8	41,6	30,3	20,3
1996/97	35,9	2,7	14,8	11,1	7,3	7,6	41,1	31,0	20,2
1997/98	35,7	2,7	14,5	11,3	7,2	7,6	40,6	31,7	20,2
1998/99	35,5	2,7	14,1	11,2	7,5	7,5	39,8	31,6	21,1
1999/00	35,6	2,7	14,0	11,1	7,8	7,6	39,3	31,2	21,9
2000/01	35,8	2,7	14,2	11,0	7,9	7,6	39,6	30,8	22,0
2001/02	36,2	2,8	14,5	11,2	7,8	7,6	40,0	30,9	21,4

1) Sonderschulen: nur Schulen für Lernbehinderte. – 2) Einschl. Abgangs- und Abschlußzeugnis der Schule für Lernbehinderte.

weiterführenden Schulen bis Ende der 80er Jahre (Hauptschulen und Realschulen) bzw. Anfang der 90er Jahre (Gymnasien) weitgehend beendet.

Schulentlassungen noch stark rückläufig

Die Schulentlassungen werden in der regionalen Schülerprognose zunächst als Teil der Schülerbewegung vorausgeschätzt, um die künftigen Schülerzahlen im Wege der Fortschreibung ermitteln zu können. Dabei wird nach der Art des Entlassungszeugnisses differenziert, so daß zugleich Angaben über die Qualifikation der Absolventen anfallen. Als Schulentlassene gelten alle Schüler, die entweder den für die jeweilige Schulart typischen Abschluß erreichen oder nach Erfüllung der Schulpflicht mit einer geringeren als der ursprünglich angestrebten Qualifikation den Bereich der allgemeinbildenden Schulen verlassen. Die prognostizierte Entwicklung der Absolventenzahlen wird fast ausschließ-

lich von den vorausgeschätzten Schülerzahlen bestimmt. Annahmen über veränderte Präferenzen für bestimmte Bildungsabschlüsse gehen in die Prognose des Übergangsverhaltens ein, spätere Verhaltensänderungen nach Antritt der einmal gewählten Schullaufbahn werden nicht unterstellt. Daher werden die Entlassungsquoten im Prognosezeitraum konstant gehalten.

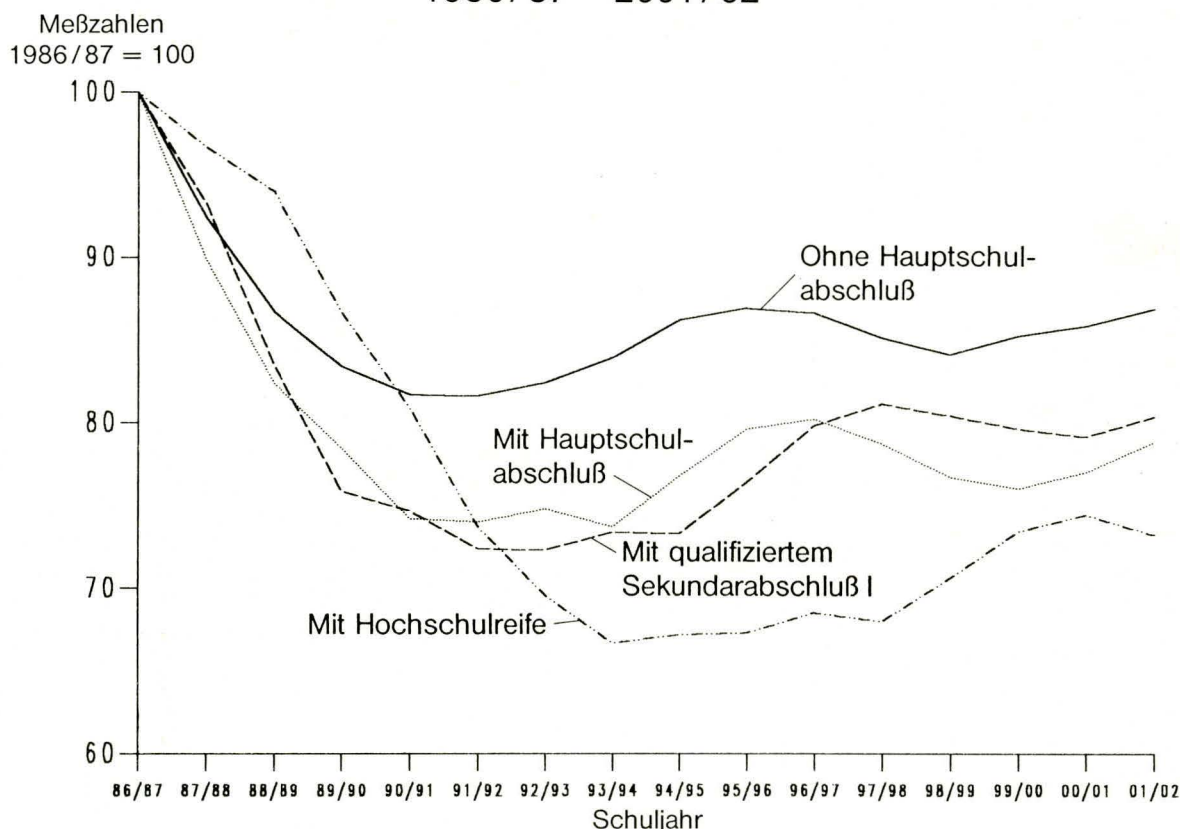
Eine Ausnahme bilden die Entlassungen von der Hauptschule. Hier kann aus dem Übergangsverhalten nicht auf die Präferenz für einen der möglichen Abschlüsse (Abschlußzeugnis, Abgangszeugnis oder qualifizierter Sekundarabschluß I) geschlossen werden. Die erheblichen Verschiebungen, die in der Vergangenheit zu beobachten waren, resultierten aus dem Streben nach einer verbesserten Qualifikation, das durch das Angebot spezieller Fördermaßnahmen unterstützt wurde. Während der Anteil der Hauptschüler, die ohne Abschluß die 9. Klassenstufe verlassen, in den letzten

**Schulabgänger (ohne Abiturienten) aus allgemeinbildenden Schulen¹⁾ am Schuljahresende
nach der Art des Entlassungszeugnisses 1986/87 – 2001/02**

Schuljahr	Insgesamt	Ohne Hauptschul- abschluß ²⁾	Mit Hauptschul- abschluß	Mit qualifiziertem Sekundar- abschluß I	Ohne Hauptschul- abschluß ²⁾	Mit Hauptschul- abschluß	Mit qualifiziertem Sekundar- abschluß I
	1000				Anteil an den Schulabgängern insgesamt in %		
1986/87	34,9	3,2	18,4	13,3	9,1	52,7	38,2
1987/88	31,9	2,9	16,5	12,4	9,2	51,8	39,0
1988/89	29,0	2,7	15,2	11,1	9,5	52,2	38,3
1989/90	27,2	2,6	14,4	10,1	9,7	53,1	37,2
1990/91	26,2	2,6	13,6	10,0	9,9	52,1	38,0
1991/92	25,8	2,6	13,6	9,7	10,0	52,6	37,3
1992/93	26,0	2,6	13,8	9,6	10,0	52,9	37,0
1993/94	26,0	2,7	13,6	9,8	10,2	52,1	37,6
1994/95	26,6	2,7	14,1	9,8	10,3	53,1	36,7
1995/96	27,6	2,8	14,6	10,2	10,0	53,1	36,9
1996/97	28,1	2,7	14,7	10,6	9,8	52,4	37,8
1997/98	28,0	2,7	14,5	10,8	9,7	51,7	38,6
1998/99	27,5	2,7	14,1	10,7	9,7	51,3	39,0
1999/00	27,3	2,7	14,0	10,6	9,9	51,2	38,9
2000/01	27,4	2,7	14,2	10,5	9,9	51,7	38,4
2001/02	27,9	2,8	14,5	10,7	9,8	51,9	38,3

1) Sonderschulen: nur Schulen für Lernbehinderte. – 2) Einschl. Abgangs- und Abschlußzeugnis der Schule für Lernbehinderte.

Schulentlassungen von allgemeinbildenden Schulen¹⁾ am Schuljahresende nach der Art des Entlassungszeugnisses 1986/87 – 2001/02



1) Sonderschulen: nur Schulen für Lernbehinderte

14.5/88

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

Jahren nicht mehr gesunken ist, ging die Quote der Abgänger mit Hauptschulabschluß tendenziell weiter zurück, weil ein wachsender Teil der Schüler das freiwillige 10. Schuljahr besucht. Es wird unterstellt, daß dieser Trend auch in Zukunft anhält.

Der Mitte der 60er Jahre einsetzende Geburtenrückgang hat die für Schulentlassungen in Betracht kommenden Altersjahrgänge erst zu Beginn der 80er Jahre erreicht, so daß in den nächsten Jahren noch mit einem starken Rückgang der Absolventenzahlen zu rechnen ist. Während sich bis in die Hälfte der 90er Jahre die Zahl der Entlassungen ohne Hauptschulabschluß, die auch die Entlassungen mit Abgangs- bzw. Abschlußzeugnis der Schule für Lernbehinderte umfaßt, um knapp 20% verringert, geht die Zahl der Absolventen mit Hauptschulabschluß bzw. qualifiziertem Sekundarabschluß I jeweils um mehr als ein Viertel zurück. Die Zahl der Abiturienten, die ihren höchsten Stand erst in den letzten Jahren erreicht hat, wird bis Mitte der 90er Jahre um ein Drittel sinken. Im weiteren Verlauf der Prognoseperiode ist für alle Abschlußarten mit einer leicht ansteigenden Tendenz zu rechnen, die bei den Entlassungen mit qualifiziertem Sekundarabschluß I bzw. mit Hochschulreife, der Entwicklung der Schülerzahlen an Realschulen und Gymnasien entsprechend, etwas stärker ausgeprägt ist.

Der Anteil der verschiedenen Qualifikationen an der Gesamtzahl der Schulentlassungen wird sich im Prognosezeitraum voraussichtlich nicht wesentlich ändern. Für Hauptschulabschluß und Sekundarabschluß I ist eine leicht zunehmende Tendenz erkennbar. Der Rückgang des Anteils der Abiturienten zu Beginn der 90er Jahre ist überwiegend auf einen technischen Effekt zurückzuführen. Die Jahrgangsstärken der 13. Klassenstufe nehmen in diesem Zeitraum noch deutlich ab, während sich die Schülerzahlen der 9. und 10. Klassenstufe, die hauptsächlich die übrigen Abschlußarten bestimmen, dann bereits stabilisiert haben.

Potential an Nachwuchskräften sinkt um ein Viertel

Sieht man einmal davon ab, daß immer noch zahlreiche Abiturienten zunächst in eine berufliche Ausbildung eintreten, so stellen die Schulabgänger mit bzw. ohne Hauptschulabschluß sowie mit qualifiziertem Sekundarabschluß I den Kern des Nachwuchspotentials für Wirtschaft und öffentliche Verwaltung dar. Als Schulabgänger gelten alle Schüler, die den Bereich der allgemeinbildenden Schulen endgültig verlassen. Ihre Zahl ist etwas kleiner als die der Schulentlassungen, weil vor allem Realschüler, aber auch Hauptschüler,

nach erfolgreichem Abschluß den Schulbesuch am Gymnasium fortsetzen.

Die Zahl der Schulabgänger (ohne Abiturienten) wird bis in die erste Hälfte der 90er Jahre hinein um mehr als ein Viertel auf knapp 26 000 sinken, anschließend aber wieder leicht zunehmen, so daß im Jahre 2002 rund 28 000 Jugendliche ihre Schulzeit beenden. Die langanhaltende Anspannung am Lehrstellenmarkt, die durch

die Übernachfrage nach Ausbildungsplätzen verursacht wurde, scheint damit bald endgültig überwunden. Zugleich zeichnet sich aber ein neues Ungleichgewicht ab, denn auch bei einer tendenziell rückläufigen Zahl von Arbeitsplätzen dürfte das prognostizierte Nachwuchspotential nicht ausreichen, um auf längere Sicht den vorhandenen Bedarf von Wirtschaft und Verwaltung zu decken.

Diplom-Volkswirt Hans Libowitzky

Die Grundvermögensdatei des Landes

Gegenstand und Aufgabenstellung

Seit 1964 wird das Grundvermögen des Landes Rheinland-Pfalz in einem Landesgrundbesitzverzeichnis erfaßt. Die Angaben wurden hierfür in eine manuell geführte Kartei übernommen. Anfang 1983 wurde diese Kartei auf eine ADV-Datei umgestellt. Die für die Führung dieser Datei maßgeblichen Regelungen wurden in einem Rundschreiben des Ministeriums der Finanzen vom 30. November 1982 (MinBl. 1982, S. 536) festgelegt. Die Einrichtung wurde mit einer Neuordnung des bisherigen Erfassungssystems und einer neuen Bestandsaufnahme des Grundvermögens zum 31. Dezember 1982 verbunden.

Zum Grundvermögen des Landes gehören alle landeseigenen Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte. Zweck der Grundvermögensdatei ist es, die Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße und wirtschaftliche Verwaltung der landeseigenen Grundstücke zu verbessern. Darüber hinaus soll die Grundvermögensdatei die Möglichkeit schaffen, kurzfristig Angaben über das Grundvermögen des Landes in der jeweils benötigten sachlichen, organisatorischen und regionalen Gliederung bereitzustellen. Die Grundstücke sind dazu mit den für ihre nähere Kennzeichnung wesentlichen Merkmalen zu erfassen, so daß Angaben über den Bestand am 31. Dezember eines jeden Jahres sowie die im Verlauf des Jahres eingetretenen Veränderungen nachgewiesen werden können.

Mit der Führung der Grundvermögensdatei wurde das Statistische Landesamt beauftragt. Die Ausgangsdaten über den Bestand an Grundstücken und seine Veränderungen werden von den Dienststellen des Landes bereitgestellt, denen die Verwaltung der Grundstücke obliegt. Alle in der Grundvermögensdatei eingespeicherten Angaben werden nach der ersten Bestandsaufnahme zum 31. Dezember 1982 maschinell in Einzelnachweisungen angeschrieben, die die Grundlage für die weitere Fortschreibung der Bestandsangaben bilden.

Grundstücke als Erfassungseinheit

Erfassungseinheit ist das einzelne Grundstück. Bei der Erfassung sind Grundstücke, die sich zwar schon im Besitz des Landes befinden, aber noch nicht in das Eigentum des Landes übergegangen sind, unberücksichtigt zu lassen. Die Abgrenzung der Grundstücke erfolgt primär nach den für die Grundstücksverwaltung

maßgebenden Kriterien. Zusammenhängende Grundstücksflächen, die sich aus mehreren Flurstücken zusammensetzen, sind daher in die Datei als ein Grundstück aufzunehmen, wenn sie verwaltungsmäßig eine Einheit bilden. In der gleichen Weise sind verstreut liegende Flurstücke, die der gleichen Grundstücksart zuzuordnen sind und unter dem Gesichtspunkt der Grundstücksverwaltung als eine Einheit betrachtet werden, zusammenzufassen, zum Beispiel zu einer Domäne gehörende Grundstücke oder die am Rande einer Straße oder Wasserstraße liegenden Flurstücke. Derartige weitgreifende Zusammenfassungen von Flurstücken zu einem Grundstück sind jedoch nur möglich, wenn die Flurstücke in der gleichen Gemeinde liegen, da aus der Grundvermögensdatei Ergebnisse für die einzelnen Gemeinden dargestellt werden sollen.

Die Grundstücke werden durch eine 19stellige Grundstücksnummer gekennzeichnet, die sich wie folgt zusammensetzt:

1. bis 4. Stelle: Einzelplan/Kapitel
5. bis 7. Stelle: Dienststelle
8. bis 15. Stelle: Gemeinde (Belegenheit des Grundstücks)
16. bis 19. Stelle: laufende Nummer

Die Grundstücksnummer enthält bereits die Merkmale, die es erlauben, die Grundstücke nach der institutionellen Gliederung der Landesverwaltung (Einzelplan/Kapitel und Dienststelle) sowie nach der regionalen Gliederung in Verwaltungsbezirke (Regierungsbezirke, Kreise, Verbandsgemeinden, Gemeinden) einzuordnen und nachzuweisen. Organisatorische und regionale Neuordnungen machen allerdings eine Umstellung der Grundstücksnummern erforderlich. Durch eine entsprechende Verknüpfung können jedoch auch für die Grundstücke, deren Grundstücksnummern sich geändert haben, die für die vorangegangenen Zeiträume in die Grundvermögensdatei eingespeicherten Angaben nach der neuen organisatorischen und regionalen Abgrenzung nachgewiesen werden.

Da die Grundstücksart ein Merkmal ist, das häufigen Änderungen unterliegt, zum Beispiel bei einer Änderung der Zweckbestimmung oder durch Baumaßnahmen, und daher für eine Übernahme in die Grundstücksnummer nicht geeignet ist, wird sie durch eine zusätzliche dreistellige Schlüsselnummer gekennzeichnet. Die notwendig gewordenen Änderungen der Grundstücksart werden jeweils bei der Feststellung des fortgeschriebenen Bestandes zum 31. Dezember eines Jahres vorgenommen.

Bestand am

Einzelnachweisung

Grundstücks-Nr.												
Epl./Kap.			Dienststellen-Nr.			Gem.-Schl.-Nr.				Lfd. Nr.		

Einzelplan / Kapitel	Dienststelle
Belegenheit des Grundstücks (Ort, Straße, Hausnummer)	Grundstücksart

[illegible]

Erfassungstatbestände

Für jedes Grundstück werden in der Grundvermögensdatei neben der Fläche die Nummern eingespeichert, unter denen das Grundstück im Grundbuch und im Liegenschaftskataster erfaßt wird. Bei den im Ausland gelegenen Grundstücken wird nur die Schlüsselnummer für das Land angegeben; alle übrigen Angaben entfallen.

Zur Kennzeichnung der Nutzungsart werden bei den bereits im automatisierten Liegenschaftskataster geführten Flurstücken die ersten drei Stellen des im automatisierten Liegenschaftskataster für die Nutzungsarten vergebenen Schlüssels übernommen, die die tatsächliche Nutzung des Flurstücks angeben. Bei den noch nicht in das automatisierte Liegenschaftskataster übernommenen Flurstücken wird die Nutzungsart anhand eines vereinfachten Schlüsselverzeichnisses festgelegt, das sich an der Systematik der Nutzungsarten im automatisierten Liegenschaftskataster orientiert, jedoch eine weit weniger differenzierte Gliederung enthält.

Die Fläche des Grundstücks wird nur in ihrer Gesamtheit erfaßt, nicht auch für die räumlichen Einheiten des Liegenschaftskatasters (Gemarkung, Flur, Flurstück). Bei den bebauten Grundstücken wird die Fläche in bebaut und unbebaut untergliedert, wobei als bebaut die tatsächlich überbaute Fläche nachgewiesen wird, unter zusätzlicher Angabe des Baujahres. Als bebaute Fläche gilt diejenige Fläche, auf der sich ein benutzbares Gebäude befindet. Unter dem Baujahr ist das Jahr der Baufertigstellung zu verstehen. Setzt sich ein Gebäudekomplex aus Gebäuden mit unterschiedlichen Baujahren zusammen, so sind die verschiedenen Gebäude mit ihren überbauten Flächen getrennt zu erfassen.

Fortschreibungsverfahren

Die auf Grund der ersten Bestandsaufnahme zum 31. Dezember 1982 erfaßten Angaben werden maschinell in Einzelnachweisungen angeschrieben. Die Fortschreibung dieser Angaben erfolgt mit Hilfe von Fortschreibungsblättern, die in ihrem Aufbau den Einzelnachweisungen entsprechen. In diese Fortschreibungsblätter sind von den verwaltenden Dienststellen alle im Verlauf eines Jahres eingetretenen Änderungen einzutragen, damit sie in die Datei übernommen werden können. Bei dem Neuzugang von Grundstücken sind Erfassungsbelege für Neuzugänge auszufüllen. Aus den Anfangsbeständen sowie den gemeldeten Zugängen, Abgängen und sonstigen Änderungen läßt sich dann zum 31. Dezember eines jeden Jahres ein fortgeschriebener Bestand ermitteln, der wiederum die Grundlage für die Fortschreibung im folgenden Jahr bildet.

Für die Fortschreibung sind alle Änderungen in ihrer sachlichen Gliederung und zeitlichen Abfolge zu erfassen. Allen in den Fortschreibungsblättern vorzunehmenden Eintragungen ist daher neben dem Datum der Eintragung eine Schlüsselnummer voranzustellen, die die Art der Eintragung angibt. Maßgebend hierfür ist das Systematische Verzeichnis zur Kennzeichnung der Eintragungen über den Bestand an Grundstücken und seine Veränderungen, dessen Aufbau durch die bei der maschinellen Anschreibung der Angaben zu beach-

tende sachliche und zeitliche Rangfolge bestimmt wird, wobei die Gliederung nach dem Datum der Eintragung der Gliederung nach der Art der Eintragung vorangeht.

Beim Zugang eines Grundstücks ist von der verwaltenden Dienststelle zunächst zu prüfen, ob sie das neue Grundstück als eine selbständige Einheit betrachtet, die in der Grundvermögensdatei unter einer eigenen Grundstücksnummer zu führen ist, oder ob sie es in ein von der Dienststelle bereits verwaltetes Grundstück einbezieht. Im ersten Fall ist ein Erfassungsbeleg für Neuzugänge auszufüllen. Im zweiten Fall ist das Grundstück im Rahmen der Fortschreibung als Zugang bei dem Grundstück zu erfassen, in das es einbezogen werden soll. Das Grundstück ist dann in das Fortschreibungsblatt unter der die Art des Zugangs näher bezeichnenden Schlüsselnummer einzutragen, je nachdem in welcher Form der Erwerb erfolgt und – bei Kauf und Tausch – welchem Bereich der vormalige Eigentümer zuzuordnen ist.

Bei dem Abgang eines Grundstücks ist nur die jeweils zutreffende Schlüsselnummer mit dem Datum, an dem der Abgang wirksam wird, in das Fortschreibungsblatt einzutragen. Bei der maschinellen Anschreibung der Einzelnachweisungen wird bei den in Abgang gestellten Grundstücken unter der Schlüssel-Nummer 90 der folgende Abschlußvermerk eingedruckt:

90 Das Grundstück wird ab ... nicht mehr im laufenden Bestand der Grundvermögensdatei geführt.

Wird nur ein Teil eines in der Grundvermögensdatei erfaßten Grundstücks abgegeben, so ist dieser Abgang im Fortschreibungsblatt unter der die Art des Abgangs näher bezeichnenden Schlüsselnummer einzutragen, je nachdem in welcher Form die Abgabe erfolgt und – bei Kauf oder Tausch – welchem Bereich der Erwerber zuzuordnen ist.

Grundstücksverkehr zwischen Landesdienststellen

Unter den Zu- und Abgängen nimmt der Grundstücksverkehr zwischen den Dienststellen des Landes eine Sonderstellung ein. Wird ein Grundstück an eine andere Dienststelle des Landes abgegeben, so ist nach der hierfür vorgesehenen Schlüsselnummer und dem Datum, ab dem der Abgang wirksam wird, von der verwaltenden Dienststelle in einem handschriftlichen Vermerk anzugeben, an welche Dienststelle das Grundstück abgegeben wurde. Vom Statistischen Landesamt wird auf Grund dieses Hinweises geprüft, ob das Grundstück von der übernehmenden Dienststelle als selbständige Einheit weitergeführt oder in ein anderes Grundstück einbezogen wird. Auf Grund dieser Feststellung wird bei der maschinellen Anschreibung der Einzelnachweisungen bei den in Abgang gestellten Grundstücken unter den Schlüssel-Nummern 91 oder 92 einer der beiden folgenden Abschlußvermerke eingedruckt:

91 Das Grundstück wird ab ... unter der/den Grundstücks-Nr(n). ... geführt.

92 Das Grundstück wurde zum ... in das/die Grundstück(e)-Nr. ... einbezogen.

Von der übernehmenden Dienststelle ist im ersten Fall ein Erfassungsbeleg für Neuzugänge auszustellen. Im

zweiten Fall ist das übernommene Grundstück unter der hierfür vorgesehenen Schlüsselnummer als Zugang bei dem Grundstück einzutragen, in das es einbezogen wird. In einem handschriftlichen Vermerk am Schluß des Fortschreibungsblattes ist die Dienststelle anzugeben, von der das Grundstück übernommen wurde.

Wird nur ein Teil eines Grundstücks an eine andere Dienststelle des Landes abgegeben, so sind die Eintragungen im Fortschreibungsblatt in der gleichen Form vorzunehmen wie bei allen anderen Angaben von Grundstücksteilen. Am Schluß des Fortschreibungsblattes ist jedoch zu vermerken, von welcher Dienststelle der Grundstücksteil übernommen wurde. Die übernehmende Dienststelle kann den Grundstücksteil als selbständige Einheit unter einer eigenen Grundstücksnummer weiterführen oder in ein anderes Grundstück einbeziehen. Im ersten Fall ist von der übernehmenden Dienststelle ein Erfassungsbeleg für Neuzugänge auszustellen. Im zweiten Fall ist der übernommene Grundstücksteil als Zugang bei dem Grundstück einzutragen, in das er einbezogen wird. In einem handschriftlichen Vermerk am Schluß des Fortschreibungsblattes ist die Dienststelle anzugeben, von der das Grundstück übernommen wurde.

Bestandskorrekturen

Zu- und Abgänge können sich auch aus der Neuabgrenzung von Grundstücken ergeben. Wird ein Grundstück von der verwaltenden Dienststelle als eigene Einheit aufgegeben und in ein anderes Grundstück einbezogen, so liegt ein statistischer Abgang vor. Bei dem Grundstück, in das das bisher selbständige Grundstück eingegliedert wird, ist dementsprechend ein statistischer Zugang zu verbuchen. Bei dem in Abgang gestellten Grundstück ist von der verwaltenden Dienststelle nach der hierfür vorgesehenen Schlüsselnummer und dem Datum, zu dem die Eingliederung in das andere Grundstück realisiert wird, der folgende handschriftliche Vermerk anzubringen:

Das Grundstück wurde zum ... in das/die Grundstück(e)-Nr. ... einbezogen.

Bei der maschinellen Anschreibung der Einzelnachweisungen wird ein gleichlautender Abschlußvermerk unter der Schlüssel-Nummer 92 bei dem in Abgang gestellten Grundstück eingedruckt.

Soll umgekehrt aus einem Grundstück ein Teil ausgegliedert und künftig unter einer eigenen Grundstücksnummer als selbständige Einheit in der Grundvermögensdatei erfaßt werden, so ist der Abgang unter der hierfür vorgesehenen Schlüsselnummer zu verbuchen und für den zu verselbständigenden Grundstücksteil ein Erfassungsbeleg für Neuzugänge auszustellen.

Einzelnachweisungen

Nachdem die zur Fortschreibung der Angaben der Grundvermögensdatei für ein Jahr gemeldeten Zugänge, Abgänge und sonstigen Änderungen in den Datenbestand übernommen worden sind, erfolgt die Anschreibung der Einzelnachweisungen mit den Angaben über den fortgeschriebenen Bestand zum 31. De-

zember des vorangegangenen Jahres, der Fortschreibung für das betreffende Jahr und dem auf den 31. Dezember des betreffenden Jahres fortgeschriebenen Bestand.

Die Fortschreibung wird vollständig mit allen Angaben, so wie sie in die Fortschreibungsblätter eingetragen wurden, nachgewiesen. Dabei werden die Eintragungen nach dem Datum der Eintragung und der systematischen Gliederung der Schlüsselnummern angeschrieben. Diese Ordnung dürfte im allgemeinen der ursprünglichen Reihenfolge der Eintragungen in den Fortschreibungsblättern entsprechen.

Nach den Angaben zur Fortschreibung für das betreffende Jahr wird der auf den 31. Dezember des betreffenden Jahres fortgeschriebene Bestand nachgewiesen. Dabei werden die Angaben zum Grundbuch und zum Liegenschaftskataster nach der systematischen Reihenfolge der Flurstücke geordnet. Werden für ein Flurstück mehrere Grundbücher nachgewiesen, so sind diese nach ihrer systematischen Reihenfolge aufgeführt. Bei der Grundstücksfläche werden die bebauten Flächen nach dem Baujahr der Gebäude angeschrieben.

Der fortgeschriebene Bestand zum 31. Dezember des betreffenden Jahres ergibt sich aus dem Ausgangsbestand am 31. Dezember des vorangegangenen Jahres nach der Durchführung der sonstigen Änderungen durch Addition der Zugänge und Subtraktion der Abgänge.

Tabellenprogramm

Das nach dem Stand vom 31. Dezember eines jeden Jahres zu erstellende Tabellenprogramm besteht aus der Einzellistung, den Gesamtübersichten und der Regionaltabelle. Im Rahmen der Einzellistung werden alle eventuell später benötigten Summen mit erfaßt, so daß die Einzellistung auch für Auswertungen herangezogen werden kann.

Die beiden Gesamtübersichten enthalten nach Aufgabengebieten bzw. nach Einzelplänen, Kapiteln und Dienststellen zusammengefaßte Ergebnisse, die in der zweiten Gliederungsstufe weiter nach Grundstücksarten untergliedert werden. Bei den nach Aufgabengebieten gruppierten Aufgabengebieten der ersten Gesamtübersicht handelt es sich um eine für die Finanzstatistik eingeführte Systematik, die sich an dem Funktionenplan der staatlichen Haushalte orientiert. Während bei der Einzellistung neben dem Ausgangs- und Endbestand die Zugänge und Abgänge in der vollständigen Untergliederung aufgeführt werden, beschränken sich die Gesamtübersichten der besseren Überschaubarkeit halber auf die Darstellung der Zugänge und Abgänge insgesamt. Dabei werden jedoch die Zugänge und Abgänge von ganzen Grundstücken getrennt von den Zugängen bei vorhandenen Grundstücken bzw. den Abgängen von Grundstücksteilen nachgewiesen, eine Unterscheidung, die in der Einzellistung, die sich auf die einzelnen Grundstücke bezieht, irrelevant ist.

In den Gesamtübersichten können die zum 31. Dezember des vorangegangenen Jahres nachgewiesenen

Bestände von den bei der Aufbereitung für das vorangegangene Jahr angegebenen Bestände zum selben Stichtag abweichen, da die Ordnungsangaben der Grundstücke (Einzelplan/Kapitel, Dienststelle, Gemeinde, Grundstücksart) sich immer auf den Stand am 31. Dezember des betreffenden Jahres beziehen. Änderungen in der Zuordnung nach diesen Merkmalen müssen daher zwangsläufig Änderungen in der Darstellung der nach diesen Ordnungsangaben gegliederten Ergebnisse nach sich ziehen.

Die Regionaltabelle führt die Gesamtübersichten weiter fort, indem sie Ergebnisse für die Regierungsbezirke, die kreisfreien Städte und Landkreise innerhalb der Regierungsbezirke sowie die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden innerhalb der Landkreise ausweist. Die Regionaltabelle wird nur bei Bedarf erstellt, gegebenenfalls unter Beschränkung auf einzelne Verwaltungsbezirke.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Strukturwandel im verarbeitenden Gewerbe

Ergebnisse der Zensen im verarbeitenden Gewerbe 1967, 1979 und 1985

Methodische Bemerkungen

Der Strukturwandel in der Wirtschaft kann an Merkmalen wie Beschäftigte, Umsatz und Bruttoproduktionswert gemessen werden, die in kurzfristigen Zeitabständen ermittelt werden. Besser eignet sich jedoch der Nettoproduktionswert, weil er im Gegensatz zu den genannten Darstellungsmerkmalen, bei welchen es sich überwiegend um Bruttogrößen handelt, nur den Teil ausdrückt, den der einzelne Betrieb zur gesamtwirtschaftlichen Leistung beiträgt. Aus dem Bruttoproduktionswert, der alle von einem Betrieb erstellten Erzeugnisse und sonstigen Leistungen umfaßt, läßt sich der Nettoproduktionswert nach folgender Formel ableiten:

Bruttoproduktionswert

$$\begin{array}{l} - \text{Materialverbrauch} \\ - \text{vergebene Lohnarbeiten} \end{array} \left. \vphantom{\begin{array}{l} - \text{Materialverbrauch} \\ - \text{vergebene Lohnarbeiten} \end{array}} \right\} \begin{array}{l} \text{Vorleistungen von} \\ \text{anderen Unternehmen} \end{array}$$

= Nettoproduktionswert

Nettoproduktionswerte für Unternehmen des produzierenden Gewerbes werden jährlich im Rahmen der auf Stichprobenbasis durchgeführten Kostenstrukturerhebung ermittelt. Der Stichprobenplan ist derzeit noch allein auf die Lieferung von Bundesergebnissen abgestellt, so daß eine Veröffentlichung von Ergebnissen für das Land Rheinland-Pfalz bisher nicht gesichert erscheint. Unternehmensergebnisse haben zudem den Nachteil, daß eine Regionalisierung der Ergebnisse von Mehrbetriebsunternehmen nur einen eingeschränkten Aussagewert hat. Nettoproduktionswerte für Betriebe fallen dagegen in den in mehrjährigen Abständen durchgeführten Zensen an. Der erste Zensus fand im Jahre 1962 auf Empfehlung der Vereinten Nationen statt. Wiederholungen erfolgten in den Jahren 1967, 1979 und 1985. Während 1962 und 1967 sowohl Unternehmens- als auch Betriebsdaten originär erhoben wurden, verzichtete man 1979 und 1985 auf eine gesonderte Befragung der Betriebe und schätzte die Nettoleistung an Hand von aus anderen Erhebungen vorliegenden Hilfsgrößen. Während 1979 noch ein Unternehmenszensus als Originärerhebung – alle Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten wurden einbezogen – stattfand, wurden 1985 auch die Unternehmensdaten aus der Kostenstrukturerhebung übernommen und die in der Stichprobe nicht enthaltenen Unternehmen eingeschätzt.

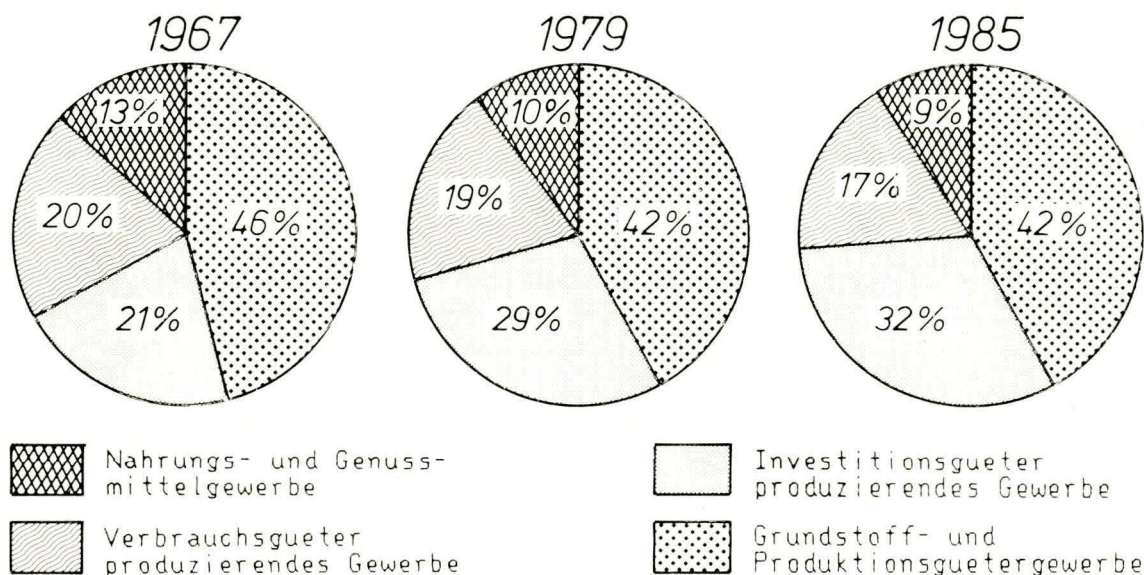
Die wesentliche Neuerung des Zensus 1985 gegenüber dem Zensus 1979 ist folglich die Schätzung der Nettoproduktionswerte der etwa 20 000 nicht in der Kostenstrukturerhebung erfaßten Unternehmen im Bundesgebiet. Auf Rheinland-Pfalz entfielen davon rund 1 300. Dabei wurde für jede nach Wirtschaftszweig und Größenklasse abgegrenzte Schicht der Kostenstrukturstatistik die durchschnittliche Nettoquote (= Nettoproduktionswert : Bruttoproduktionswert) errechnet. Damit wurde der zuvor aus den Angaben der jährlichen Investitionserhebung ermittelte Bruttoproduktionswert der einzelnen „Nicht-Kostenstrukturunternehmen“ multipliziert. Der sich ergebende unternehmensindividuelle Nettoproduktionswert war Voraussetzung für die betriebsweise Aufteilung der Nettoproduktionswerte.

Das Schätzverfahren für die betrieblichen Nettoproduktionswerte erfuhr gegenüber 1979 eine Verfeinerung. Fand 1979 lediglich der Produktionsfaktor Arbeit Berücksichtigung, indem die Nettoproduktionswerte der Betriebe von Mehrbetriebsunternehmen entsprechend ihrem Anteil an der Brutto Lohn- und -gehaltssumme errechnet wurden, bezog man 1985 in einem zweistufigen Schätzverfahren erstmals den Faktor Kapital in die Berechnung ein. Dabei ordnete man zunächst möglichst viele Einzelkomponenten der Unternehmensleistung, wie Personalkosten, Mieten und Pachten, Abschreibungen und Verbrauchssteuern, den Betrieben direkt zu. Diese Komponenten, die rund 70 % des Nettoproduktionswertes aller Unternehmen ausmachen, wurden teilweise mit Hilfe von aus Betriebserhebungen direkt entnommenen Daten (Mieten und Pachten, Löhne und Gehälter) teilweise unter Hinzuziehung von Hilfsgrößen auf die zugehörigen Betriebe verteilt. Es boten sich der Umsatz für die Verbrauchssteuern sowie die Investitionen der letzten fünf Jahre für die Abschreibungen an. Die verbleibende Restgröße wurde in gleichem Verhältnis wie die übrigen Komponenten des Nettoproduktionswertes verteilt.

Simulationsrechnungen mit dem Zensusmaterial 1985, in denen die Ergebnisse des 1979er Schätzverfahrens mit denjenigen des 1985er Verfahrens verglichen wurden, ergaben für das mehrstufige Vorgehen im Saldo nur einen um 0,6 % niedrigeren Nettoproduktionswert für die rheinland-pfälzischen Betriebe des verarbeitenden Gewerbes. Die methodisch bedingte Abweichung führte bei einem Vergleich mit den Ergebnissen von 1979 zwar nur zu einer um 0,8 Punkte zu

Strukturwandel im verarbeitenden Gewerbe 1967-1985

gemessen am Nettoproduktionswert



150/88

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

niedrigeren Zuwachsrates des Nettoproduktionswertes des verarbeitenden Gewerbes insgesamt, was toleriert werden könnte. In der Untergliederung der Nettoleistungsgröße nach Wirtschaftszweigen traten aber zum Teil erheblich größere Differenzen auf. Mit Ausnahme des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes, wo bei Anwendung der gleichen Methode die Zuwachsrates immerhin um 4 Prozentpunkte höher lag, gilt dies auch noch für die Hauptgruppen. Bei den Wirtschaftszweigen (2-Steller) waren die Abweichungen aber wesentlich größer, so daß hier der Vergleich der Nettoproduktionswerte beider Zensen teilweise empfindlich gestört ist. Die größten Abweichungen betrafen in erster Linie für Rheinland-Pfalz nicht so bedeutende Branchen, auf deren Veröffentlichung in der Regel ohnehin verzichtet wurde, so daß auch ein Vergleich der Wirtschaftszweige zur Darstellung des langfristigen Strukturwandels mit Einschränkungen möglich ist.

Beschäftigungswirksame Expansion im Investitionsgütersektor beendet

Im Jahre 1985, dem letzten Zensusjahr, gab es in Rheinland-Pfalz 2 488 Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten, die rund 365 700 Personen einen Arbeitsplatz boten. Gegenüber 1967 hat sich damit die Zahl der Betriebe um 4,4% und die Zahl der besetzten Arbeitsplätze um 1,4% verringert. In diesem Zeitraum von 18 Jahren verlief die Entwicklung jedoch nicht gleichförmig. So steht einer deutlichen Zunahme der Betriebszahlen (+6,5%) und Beschäftigtenzahlen (+7,2%) von 1967 bis 1979 ein Rückgang von 10,2 bzw. 8% in dem Zeitraum 1979 bis

1985 gegenüber. Diese Veränderungsdaten hängen wesentlich von der konjunkturellen Lage in den Vergleichsjahren ab. So ist der Anstieg in der ersten 12 Jahre umfassenden Periode vorwiegend dadurch bedingt, daß sich die Konjunktur 1967 auf einem Tiefstand, 1979 dagegen in einer Aufschwungphase befand. Da das Zensusjahr 1985 ebenfalls in eine Prosperitätsperiode fiel, entsprechen die Veränderungsdaten des zweiten nur sechs Jahre umfassenden Zeitraums eher dem langfristigen Trend. Wählt man 1970 als Ausgangsjahr, dann weist die Beschäftigtenzahl der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten in den Folgejahren bis heute einen nahezu gleichbleibenden negativen Trend auf.

Trotz dieser Einschränkung wird bei einem Vergleich der Zensusergebnisse von 1967 und 1985 ein deutlicher Wandel in der Branchenstruktur sichtbar. Während das Investitionsgüter produzierende Gewerbe deutlich an Bedeutung gewonnen hat, wiesen die übrigen Hauptgruppen sowohl bei den Betriebs- als auch bei den Beschäftigtenzahlen negative Wachstumsraten auf. Die Expansion des Investitionsgütersektors erfolgte vorwiegend in den 70er Jahren, während in der ersten Hälfte der 80er Jahre die Beschäftigung hier, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß wie bei den übrigen Hauptgruppen, zurückging. Trotzdem waren 1985 in diesem Bereich rund 270 Betriebe mit 33 300 Arbeitsplätzen mehr tätig als 18 Jahre zuvor. Sein Anteil am verarbeitenden Gewerbe insgesamt stieg – gemessen an der Gesamtbeschäftigung – von 30% im Jahre 1967 über 37% im Jahre 1979 auf knapp 40% im Jahre 1985. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, das 1967 mit 33,2% unter den Hauptgruppen noch an erster Stelle stand, fiel bis 1985 (30,8%) auf den zweiten Platz

Strukturmerkmale des verarbeitenden Gewerbes 1967 – 1985
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	Be- triebe	Be- schäftigte	Nettoproduktionswert		Bruttolohn- und Gehaltssumme		
			ins- gesamt	je Beschäf- tigten	ins- gesamt	je Beschäf- tigten	Anteil am Nettopro- duktionswert
	Anzahl		1000 DM	DM	1000 DM	DM	%
1967							
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	537	123 092	4 903 550	39 836	1 660 830	13 493	33,9
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	305	25 125	733 690	29 202	288 180	11 470	39,3
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	11	6 515	246 140	37 781	79 940	12 270	32,5
Chemische Industrie	85	69 068	3 307 950	47 894	1 037 350	15 019	31,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	781	112 230	2 254 680	20 090	1 125 110	10 025	49,9
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	198	43 639	924 070	21 175	479 600	10 990	51,9
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahr- zeugen usw.	195	21 483	389 460	18 129	209 400	9 747	53,8
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	109	15 315	262 270	17 125	131 750	8 603	90,2
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	117	15 652	367 120	23 455	143 330	9 157	39,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1 009	112 697	2 179 480	19 339	972 990	8 634	44,6
Holzverarbeitung	149	12 815	266 060	20 762	120 610	9 412	45,3
Druckereien, Vervielfältigung	105	8 262	186 390	22 560	84 020	10 169	45,1
Herstellung von Kunststoffwaren	76	9 328	250 320	26 835	95 640	10 253	38,2
Ledererzeugung und -verarbeitung	284	34 758	577 640	16 619	270 480	7 782	46,8
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	275	22 807	1 329 350	58 287	242 330	10 625	18,2
Verarbeitendes Gewerbe	2 602	370 826	10 667 060	28 766	4 001 260	10 790	37,5
1979							
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	500	123 135	12 352 201	100 314	4 553 948	36 983	36,9
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	262	18 507	1 528 752	82 604	577 327	31 195	37,8
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	15	8 274	691 440	83 568	269 742	32 601	39,0
Chemische Industrie	91	73 032	8 189 683	112 138	3 010 765	41 225	36,8
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 097	148 331	8 701 307	58 661	4 321 488	29 134	49,7
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	261	49 462	3 101 664	62 708	1 577 884	31 901	50,9
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahr- zeugen usw.	331	43 016	2 556 815	59 439	1 230 387	28 603	48,1
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	149	19 616	982 856	50 105	494 789	25 224	50,3
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	147	17 955	1 089 245	60 665	479 020	26 679	44,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	954	104 936	5 623 831	53 593	2 644 239	25 199	47,0
Holzverarbeitung	145	14 429	804 416	55 750	398 523	27 620	49,5
Druckereien, Vervielfältigung	100	9 067	631 903	69 693	287 826	31 744	45,5
Herstellung von Kunststoffwaren	130	15 119	1 107 321	73 240	439 155	29 047	39,7
Ledererzeugung und -verarbeitung	234	25 257	1 010 739	40 018	497 468	19 696	49,2
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	221	21 166	2 961 689	139 927	601 005	28 395	20,3
Verarbeitendes Gewerbe	2 772	397 568	29 639 028	74 551	12 120 680	30 487	40,9
1985							
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	433	112 546	15 302 144	135 963	5 724 890	50 867	37,4
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	214	14 350	1 424 004	99 234	562 660	39 210	39,5
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	16	7 257	841 412	115 945	322 816	44 483	38,4
Chemische Industrie	89	71 278	11 350 997	159 250	4 081 117	57 256	36,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 049	145 537	11 760 906	80 810	5 648 190	38 809	48,0
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	247	47 484	4 229 075	89 063	2 033 819	42 832	48,1
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahr- zeugen usw.	322	46 752	4 030 586	86 212	1 815 340	38 829	45,0
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	148	18 466	1 200 690	65 022	636 295	34 458	53,0
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	139	16 753	1 220 903	72 877	574 330	34 282	47,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	807	87 597	6 335 430	72 325	2 962 334	33 818	46,8
Holzverarbeitung	117	10 909	758 470	69 527	400 124	36 678	52,8
Druckereien, Vervielfältigung	94	7 388	722 224	97 756	305 266	41 319	42,3
Herstellung von Kunststoffwaren	132	14 783	1 311 766	88 735	558 559	37 784	42,6
Ledererzeugung und -verarbeitung	172	19 453	980 405	50 399	517 180	26 586	52,8
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	199	20 029	3 356 830	167 598	725 375	36 216	21,6
Verarbeitendes Gewerbe	2 488	365 709	36 755 310	100 504	15 060 789	41 182	41,0

Wachstumsraten der Strukturmerkmale des verarbeitenden Gewerbes 1967 – 1985
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	Be- triebe	Be- schäftigte	Nettoproduktionswert		Bruttolohn- und Gehaltssumme	
			ins- gesamt	je Beschäf- tigten	ins- gesamt	je Beschäf- tigten
	Anzahl			1000 DM	DM	1000 DM
Veränderung 1985 zu 1967 in %						
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 19,4	- 8,6	212,1	241,3	244,7	277,0
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	- 29,8	- 42,9	94,1	239,8	95,2	241,8
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	45,5	11,4	241,8	206,9	303,8	262,5
Chemische Industrie	4,7	3,2	243,1	232,5	293,4	281,2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	34,3	29,7	421,6	302,2	402,0	287,1
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	24,7	8,8	357,7	320,6	324,1	289,7
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahr- zeugen usw.	65,1	117,6	934,9	375,5	766,9	298,4
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	35,8	20,6	357,8	279,7	383,0	300,5
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	18,8	7,0	232,6	210,7	300,7	274,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	- 20,0	- 22,3	190,7	274,0	204,5	291,7
Holzverarbeitung	- 21,5	- 14,9	185,1	234,9	231,8	289,7
Druckereien, Vervielfältigung	- 10,5	- 10,6	287,5	333,3	263,3	306,3
Herstellung von Kunststoffwaren	73,7	58,5	424,0	230,7	484,0	268,5
Ledererzeugung und -verarbeitung	- 39,4	- 44,0	69,7	203,3	91,2	241,6
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	- 27,6	- 12,2	152,5	187,5	199,3	240,9
Verarbeitendes Gewerbe	- 4,4	- 1,4	244,6	249,4	276,4	281,7
Veränderung 1979 zu 1967 in %						
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 6,9	+ 0	151,9	151,8	174,2	174,1
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	- 14,1	- 26,3	108,4	182,9	100,3	172,0
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	36,4	27,0	180,9	121,2	237,4	165,7
Chemische Industrie	7,1	5,7	147,6	134,1	190,2	174,5
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	40,5	32,2	285,9	192,0	284,1	190,6
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	31,8	13,3	235,7	196,1	229,0	190,3
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahr- zeugen usw.	69,7	100,2	556,5	227,9	487,6	193,5
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	36,7	28,1	274,7	192,6	275,6	193,2
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	25,6	14,7	196,7	158,6	234,2	191,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	- 5,5	- 6,9	158,0	177,1	171,8	191,9
Holzverarbeitung	- 2,7	12,6	202,3	168,5	230,4	193,5
Druckereien, Vervielfältigung	- 4,8	9,7	239,0	208,9	242,6	212,2
Herstellung von Kunststoffwaren	71,1	62,1	342,4	172,9	359,2	183,3
Ledererzeugung und -verarbeitung	- 17,6	- 27,3	75,0	140,8	83,9	153,1
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	- 19,6	- 7,2	122,8	140,1	148,0	167,2
Verarbeitendes Gewerbe	6,5	7,2	177,9	159,2	202,9	182,5
Veränderung 1985 zu 1979 in %						
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 13,4	- 8,6	23,9	35,5	25,7	37,5
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	- 18,3	- 22,5	- 6,9	20,1	- 2,5	25,7
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	6,7	- 12,3	21,7	38,7	19,7	36,4
Chemische Industrie	- 2,2	- 2,4	38,6	42,0	35,6	38,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	- 4,4	- 1,9	35,2	37,8	30,7	33,2
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	- 5,4	- 4,0	36,3	42,0	28,9	34,3
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahr- zeugen usw.	- 2,7	8,7	57,6	45,0	47,5	35,8
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	- 0,7	- 5,9	22,2	29,8	28,6	36,6
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	- 5,4	- 6,7	12,1	20,1	19,9	28,5
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	- 15,4	- 16,5	12,7	35,0	12,0	34,2
Holzverarbeitung	- 19,3	- 24,4	- 5,7	24,7	0,4	32,8
Druckereien, Vervielfältigung	- 6,0	- 18,5	14,3	40,3	6,1	30,2
Herstellung von Kunststoffwaren	1,5	- 2,2	18,5	21,2	27,2	30,1
Ledererzeugung und -verarbeitung	- 26,5	- 23,0	- 3,0	25,9	4,0	35,0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	- 10,0	- 5,4	13,3	19,8	20,7	27,5
Verarbeitendes Gewerbe	- 10,2	- 8,0	24,0	34,8	24,3	35,1

zurück. Den größten Verlust verzeichnete dabei das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe, und zwar um 6,5 Punkte auf knapp 24 %.

Investitionsgüterindustrie erwirtschaftete fast ein Drittel der Wertschöpfung

Der Nettoproduktionswert für das verarbeitende Gewerbe belief sich 1985 auf 36,8 Mrd. DM. Das sind 100 500 DM pro Beschäftigten. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme machte dabei gut zwei Fünftel aus. Während sich der Nettoproduktionswert gegenüber 1967 auf das 3,4fache erhöhte, sind die Löhne und Gehälter in dieser Zeit um das 3,8fache angestiegen. In dieser Entwicklung kommt auch die unterschiedliche Verteuerung der Industrieerzeugnisse sowie der Arbeitsleistungen zum Ausdruck. So haben sich die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte in dieser Zeit um 102 %, die Stundenlöhne und Monatsgehälter in der Industrie aber um 262 bzw. 279 % erhöht.

Den höchsten Anteil an der Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes hatte 1985 mit 41,6 % das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe. Daran hat auch der Verlust von 4,4 Prozentpunkten, den dieser Wirtschaftsbereich im Verlauf der 18 Jahre hinnehmen mußte, nichts geändert. Zu diesem günstigen Ergebnis trug in erster Linie die chemische Industrie bei, die ihren Anteil am Grundstoff- und Produktionsgütersektor von zwei Drittel auf knapp drei Viertel ausbaute. Dieser Wirtschaftszweig erbrachte 1985 allein 30,9 % der Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes.

An zweiter Stelle nach dem Grundstoff- und Produktionsgüterbereich folgte mit 32 % der Investitionsgütersektor, der 18 Jahre zuvor 21,1 % und damit weniger als die Hälfte des im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe erwirtschafteten Nettoproduktionswertes erreicht hatte. Inzwischen beläuft sich der Anteil an der Hauptgruppe auf mehr als drei Viertel. Die starke Expansion des Investitionsgüterbereiches geht in erster Linie auf den Straßenfahrzeugbau zurück, der seine Wertschöpfung in dem Beobachtungszeitraum von 18 Jahren mehr als verzehnfachte. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate belief sich hier zwischen 1967 und 1979 auf + 17 %, zwischen 1979 und 1985 immerhin noch auf + 7,9 %. Im Vergleich hat sich der Nettoproduktionswert im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe in den genannten Zeiträumen jährlich nur um durchschnittlich 11,9 % bzw. 5,2 % und im verarbeitenden Gewerbe insgesamt nur um 8,9 bzw. 3,6 % erhöht. Ebenfalls einen erheblichen Einfluß auf die Entwicklung des Nettoproduktionswertes im Investitionsgütersektor übte der Maschinenbau einschließlich ADV-Geräte und -Einrichtungen aus. Da diese Branche mit 41 % bereits 1967 ein wesentlich höheres Gewicht innerhalb der Hauptgruppe hatte als der Straßenfahrzeugbau (17,3 %), fiel hier wegen des Basiseffektes das relative Wachstum nicht so hoch aus. So war der Nettoproduktionswert 1985 nur viereinhalbmals so hoch wie 1967. Die Entwicklung in den beiden zuletzt genannten Wirtschaftszweigen wurde wesentlich von der wirtschaftlichen Tätigkeit zweier bedeutender Großunternehmen bestimmt.

Im Vergleich zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie zum Investitionsgüter produzierenden

Bereich haben das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe und die Nahrungs- und Genußmittelindustrien in Rheinland-Pfalz inzwischen eine geringere Bedeutung. Erreichte der Verbrauchsgütersektor 1967 mit einem Fünftel noch nahezu die Größenordnung der Investitionsgütergruppe (21,1 %), schrumpfte sein Anteil bis 1985 auf 17,3 % (Investitionsgüterbereich 32 %). Daß sich die Wertschöpfung im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe innerhalb der 18 Jahre trotzdem verdreifachte, geht vor allem auf die Kunststoffwarenindustrie zurück, die ihre Nettoproduktion in dieser Zeit mehr als verfünffachte. Ihr Anteil am Verbrauchsgütersektor erhöhte sich damit von 11,5 auf 20,7 %. Während die Druckereien ihren Anteil um 2,8 % Punkte auf 11,4 % ebenfalls steigern konnten, wies vor allem die Ledererzeugung und -verarbeitung hohe Anteilsverluste auf, und zwar von 26,5 % im Jahre 1967 auf 15,5 %. Der Anteil dieser Branche, zu der die Schuhindustrie zählt, an der Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes sank damit von 5,4 auf 2,7 %.

Expansion im Investitionsgütersektor mit Konzentrations- und Rationalisierungsprozeß verbunden

Ein Strukturwandel kann sich auf unterschiedliche Weise vollziehen, und zwar durch Expansion bzw. Schrumpfung, die sich in einer gleichmäßigen Erhöhung bzw. Abnahme der Betriebs- und Beschäftigtenzahl widerspiegelt, durch Konzentration – Beschäftigtenzahl steigt stärker bzw. sinkt schwächer als die Zahl der Betriebe – oder durch Rationalisierung – Nettoproduktionswert expandiert real stärker als die Zahl der Beschäftigten –. In der Regel treten Kombinationen der beschriebenen Typen auf. So ist die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe insgesamt zwischen 1967 und 1979 durch eine nahezu gleichmäßige Expansion der Betriebs- und Beschäftigtenzahl und durch Rationalisierungsbemühungen gekennzeichnet, die sich in einer überdurchschnittlich starken Ausweitung des realen Nettoproduktionswertes ausdrückt. Der Nettoproduktionswert je Beschäftigten hat sich in dieser Zeit real sogar verdoppelt. Der Zeitraum zwischen 1979 und 1985 war dagegen durch eine mit einem Konzentrationsprozeß verbundene Schrumpfung geprägt. Während sich die Betriebszahl um 10,2 % verringerte, sank die Beschäftigtenzahl um 8 % und der Nettoproduktionswert real um 2 %. Der Nettoproduktionswert je Beschäftigten erhöhte sich sogar um 6,5 %, worin die Rationalisierungsbemühungen der Industrie zum Ausdruck kommen.

Die zwischen 1967 und 1979 beobachtete Expansion im verarbeitenden Gewerbe geht ausschließlich auf die Entwicklung im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe zurück, während sich in den übrigen Hauptgruppen bereits in diesem Zeitraum Schrumpfungstendenzen bemerkbar machten. Den weit überdurchschnittlichen Zuwachsraten bei den Betrieben, Beschäftigten und dem Nettoproduktionswert im Investitionsgütersektor standen sinkende Betriebs- und Beschäftigtenzahlen im Verbrauchsgüter- sowie im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe sowie sinkende Betriebszahlen verbunden mit einer stagnierenden Beschäftigtenzahl im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich gegenüber. Der Nettoproduktionswert erhöhte sich in den genannten Hauptgruppen unterdurchschnittlich.

Anteile der Strukturmerkmale am verarbeitenden Gewerbe 1967, 1979 und 1985

Wirtschaftszweig	Betriebe	Beschäftigte	Netto- produktionswert	Bruttolohn- und Gehaltssumme
	Anteil in %			
1967				
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	20,6	33,2	46,0	41,5
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	11,7	6,8	6,9	7,2
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	0,4	1,8	2,3	2,0
Chemische Industrie	3,3	18,6	31,0	25,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	30,0	30,3	21,1	28,1
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	7,6	11,8	8,7	12,0
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	7,5	5,8	3,7	5,2
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	4,2	4,1	2,5	3,3
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	4,5	4,2	3,4	3,6
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	38,8	30,4	20,4	24,3
Holzverarbeitung	5,7	3,5	2,5	3,0
Druckereien, Vervielfältigung	4,0	2,2	1,7	2,1
Herstellung von Kunststoffwaren	2,9	2,5	2,3	2,4
Ledererzeugung und -verarbeitung	10,9	9,4	5,4	6,8
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	10,6	6,1	12,5	6,1
Verarbeitendes Gewerbe	100,0	100,0	100,0	100,0
1979				
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	18,0	31,0	41,7	37,5
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	9,5	4,7	5,2	4,8
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	0,5	2,1	2,3	2,2
Chemische Industrie	3,3	18,4	27,6	24,8
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	39,6	37,3	29,3	35,7
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	9,4	12,4	10,5	13,0
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	11,9	10,8	8,6	10,2
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	5,4	4,9	3,3	4,1
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	5,3	4,5	3,7	4,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	34,4	26,4	19,0	21,8
Holzverarbeitung	5,2	3,6	2,7	3,3
Druckereien, Vervielfältigung	3,6	2,3	2,1	2,4
Herstellung von Kunststoffwaren	4,7	3,8	3,7	3,6
Ledererzeugung und -verarbeitung	8,4	6,4	3,4	4,1
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	8,0	5,3	10,0	5,0
Verarbeitendes Gewerbe	100,0	100,0	100,0	100,0
1985				
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	17,4	30,8	41,6	38,0
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	8,6	3,9	3,9	3,7
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	0,6	2,0	2,3	2,1
Chemische Industrie	3,6	19,5	30,9	27,1
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	42,2	39,8	32,0	37,5
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	9,9	13,0	11,5	13,5
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	12,9	12,8	11,0	12,1
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	5,9	5,0	3,3	4,2
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	5,6	4,6	3,3	3,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	32,4	23,9	17,3	19,7
Holzverarbeitung	4,7	3,0	2,1	2,7
Druckereien, Vervielfältigung	3,8	2,0	2,0	2,0
Herstellung von Kunststoffwaren	5,3	4,0	3,6	3,7
Ledererzeugung und -verarbeitung	6,9	5,3	2,7	3,4
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	8,0	5,5	9,1	4,8
Verarbeitendes Gewerbe	100,0	100,0	100,0	100,0

Der Zeitraum zwischen 1979 und 1985 war dagegen im Investitionsgütersektor von rückläufigen Betriebs- und Beschäftigtenzahlen geprägt, die jedoch von einem Konzentrationsprozeß begleitet wurden. Bei einem Rückgang der Zahl der Betriebe um 4,4 % sank die Beschäftigtenzahl nur um 1,9 %. Der Nettoproduktions-

wert erhöhte sich gleichzeitig um 35,2 %, der Nettoproduktionswert je Beschäftigten sogar um 37,8 %, was auf einen intensiven Rationalisierungsprozeß in diesem Wirtschaftsbereich hinweist.

Diplom-Volkswirt Hans-Henning Meincke

Wohnungsmieten im Juni 1985

Nach 1980 und 1982 fand 1985 im Rahmen des Mikrozensus wieder eine Zusatzerhebung über die Wohnsituation der Haushalte statt. Die Angaben über das Mietengefüge und die Mietenentwicklung beziehen sich nur auf die Mietwohnungen, deren Wohnungsinhaber Auskunft über die Miete und, soweit die Mietbelastung untersucht wird, auch über das Einkommen gegeben haben. Unberücksichtigt bleiben die Dienst-, Werks-, Stifts-, Berufs-, Geschäftsmietwohnungen und Wohnungen mit Dauerwohnrecht. In den ausgewiesenen Mietbeträgen sind – analog den früheren Erhebungen – die ortsüblichen Umlagen für Wasser, Kanalisation, Müllabfuhr, Treppenhausbeleuchtung, Straßen- und Kaminreinigung anteilig der Monatsmiete zugerechnet. Nicht in dem Mietbetrag enthalten sind Nebenkosten wie Beträge für Möblierung, Zentralheizung, Warmwasserversorgung und Garagenmiete.

Eigentümerquote auf 55 % gestiegen

Von den belegten 1,34 Mill. Wohneinheiten in Wohngebäuden (ohne Wohnheime) zählten 600 000 zu den Mietwohnungen (45 %) und knapp 740 000 zu den Eigentümerwohnungen (55 %). Damit hat sich diese Relation weiter zugunsten der eigenen Wohnung entwickelt. Schon immer lag in Rheinland-Pfalz die Eigen-

tümerquote sehr hoch. Bereits 1968 gab es mehr Eigentümer- als Mietwohnungen (51 bzw. 49 %). Damit stand das Land zusammen mit dem Saarland an der Spitze aller Bundesländer. Nach dem Saarland (59 %) liegt Rheinland-Pfalz weiterhin vor Niedersachsen und Baden-Württemberg (48 bzw. 47 %).

Hinsichtlich der Altersstruktur der Wohneinheiten haben sich seit der letzten Totalzählung im Jahre 1968 einige Verschiebungen ergeben. Bedingt durch die insbesondere zu Anfang der 70er Jahre starke Bautätigkeit reduzierte sich der Anteil der noch aus dem letzten Jahrhundert stammenden Wohnungen von 31 % (1968) auf 18 %. Dabei brachten es Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern auf eine Quote von 21 %, für Mehrfamilienhäuser errechnen sich 13 %. Jede fünfte Wohnung wurde zwischen 1901 und 1948 errichtet. Lag 1968 der Anteil der Neubauwohnungen – Baujahr 1949 und später – noch bei 43 %, waren es jetzt sogar 62 %.

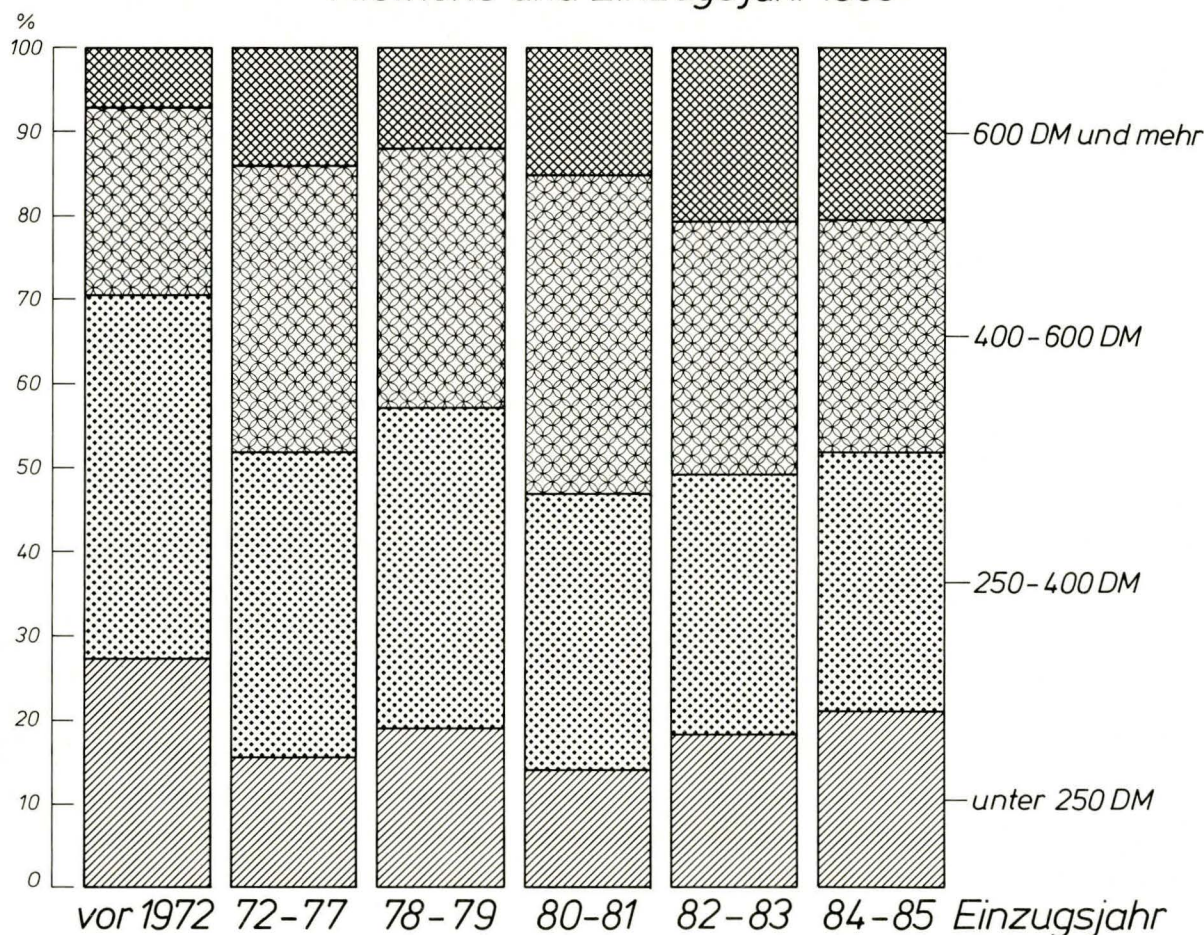
Durchschnittlich 409 DM Monatsmiete

Im Landesdurchschnitt mußten die Mieter für ihre Wohnung monatlich 409 DM zahlen. Drei Jahre vorher betrug dieser Wert 346 DM (+ 18 %). Gegenüber 1980 kam es zu einer Anhebung um 109 DM (+ 36 %).

Mietwohnungen nach Ausstattung, Größe und Höhe der Miete 1985

Wohnungsart Ausstattung Größe der Wohnung Raumzahl	Ins- gesamt	Mit monatlicher Miete von ... DM									Miete je Woh- nung
		unter 150	150 – 200	200 – 250	250 – 300	300 – 400	400 – 500	500 – 600	600 – 800	800 und mehr	
	1 000	%									DM
Reine Mietwohnungen	483,2	3,8	6,3	9,9	10,6	24,9	18,0	11,3	9,9	4,6	406
Mietwohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung	363,0	(2,3)	(2,0)	4,9	5,6	19,4	18,9	12,9	12,0	6,1	472
mit Bad, WC ohne Sammelheizung	188,9	·	6,7	13,4	15,4	26,6	10,9	(4,1)	(3,1)	·	335
Sonstige	63,6	(13,1)	18,7	(13,5)	·	(12,1)	·	·	·	·	250
Mietwohnungen mit einer Fläche unter 40 m²	50,8	23,6	(13,4)	(17,9)	·	(10,4)	·	·	·	–	214
40 – 80 "	341,0	(2,3)	6,8	11,3	12,2	26,1	14,8	6,5	(2,8)	·	341
80 – 120 "	185,8	·	·	·	(3,5)	16,7	19,8	15,8	18,0	6,5	515
120 u. mehr "	37,9	–	–	·	·	·	·	·	(17,9)	30,3	776
Mit ... Räumen 1 oder 2	70,7	16,1	(10,9)	19,1	(8,3)	(13,3)	(7,5)	·	·	·	255
3	199,6	(3,1)	7,7	11,4	12,1	23,5	13,3	5,5	(3,3)	·	337
4	221,8	·	(3,7)	5,5	8,7	23,6	19,7	12,6	9,2	(2,3)	421
5 u. mehr	123,4	·	·	·	·	15,9	13,5	12,6	18,1	14,6	589
I n s g e s a m t	615,5	3,2	5,2	8,4	8,7	20,8	15,0	9,2	8,1	4,0	409

Monatliche Miete der Hauptmieterhaushalte nach Miethöhe und Einzugsjahr 1985



14.2/88

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

Der von der amtlichen Statistik erstellte Mietenindex zeigt die Entwicklung der Bruttokaltmiete, in der auch die umgelegten Gebühren für kommunale Dienstleistungen enthalten sind. Der Mietenverlauf ist in den vergangenen Jahren in unterschiedlichem Maße vom Anstieg dieser Gebühren beeinflusst worden. Kam es 1981 und 1982 jeweils im Vergleich zum Vorjahr zu einem überproportionalen Anstieg der kommunalen Gebühren, trat in den Folgejahren eine Beruhigung ein. Etwa parallel zum allgemeinen Mietenanstieg verteuerten sich im Jahre 1985 Wasser (+2,3%), Abwasser (+4,5%), Müllabfuhr (+1,8%) und Straßenreinigung (+2,9%).

Unberücksichtigt bleiben im Mietenindex die Heizungs- und Warmwasserkosten. Durch die gesunkenen Energiepreise kam es bei diesem Teil der Wohnkosten zu einer erheblichen Entlastung. So lag zum Beispiel der Index für flüssige Brennstoffe im Jahresdurchschnitt 1986 um 45 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Dieser Preisrückgang setzte sich im Verlauf des Jahres 1987 fort. Im ersten Halbjahr sank dieser Index im Vergleich zum ersten Halbjahr 1986 erneut um rund 31 %.

Jeder fünfte Mieter zahlte zwischen 300 und 400 DM Miete

Eine Mietbelastung bis zu monatlich 250 DM hatten 17 % der Mieter. Jeder fünfte oder knapp 21 % mußten zwischen 300 und 400 DM für das Wohnen aufbringen. Der gleiche Anteil entfiel auf die Kategorie 500 DM und mehr. Im Jahre 1982 hatten nur 16 % der Mieter diesen Betrag monatlich zu bezahlen.

Um konkrete Aussagen über die Miethöhe zu erhalten, sind die Faktoren in die Untersuchung einzubeziehen, die für die Preisgestaltung entscheidend sind, Größe und Ausstattung sowie das Baualter der Wohnungen. Darüber hinaus wirkt sich auch das Wohnumfeld auf die Miethöhe aus. Diese Kriterien, wie Lage der Wohnung, Einkaufsmöglichkeiten, Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz, Entfernung zu Parks, Wäldern, Kindergärten, Schulen oder anderen öffentlichen Einrichtungen, wurden im Rahmen dieser Untersuchung jedoch nicht berücksichtigt. Nach der 1 %-Wohnungsstichprobe 1978 ist beabsichtigt, diese Merkmale in die für 1990/91 geplante nächste Stichprobenerhebung einzubeziehen.

Mietwohnungen mit Mietangaben nach Ausstattung, Größe und Quadratmetermiete 1985

Wohnungsart Ausstattung Größe der Wohnung Raumzahl	Ins- gesamt	Mit einer Quadratmetermiete von ... DM							Fläche je Wohn- einheit	Quadrat- meter- miete je Wohnung
		unter 3,00	3,00 — 4,00	4,00 — 5,00	5,00 — 6,00	6,00 — 7,00	7,00 — 8,00	8,00 und mehr		
		1 000	%							
Reine Mietwohnungen	483,2	5,6	12,9	19,8	20,6	16,8	9,9	13,5	72	5,68
Mietwohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung	363,0	(2,2)	8,8	13,2	16,6	17,1	10,7	15,5	78	6,08
Mietwohnungen mit Bad, WC ohne Sammelheizung	188,9	5,9	13,4	24,2	20,4	9,6	(4,2)	(5,2)	67	4,97
Sonstige	63,6	(14,9)	(15,1)	16,5	(11,2)	.	.	.	56	4,44
Mietwohnungen mit einer Fläche unter 40 m²	50,8	.	(11,2)	(10,2)	.	(10,0)	.	30,1	29	7,37
40 – 80 "	341,0	4,5	10,2	18,0	18,9	14,3	7,6	9,7	60	5,64
80 – 120 "	185,8	(4,5)	11,2	17,5	17,3	14,6	8,9	9,4	91	5,65
120 u. mehr "	37,9	.	(15,3)	(13,2)	(14,8)	.	.	.	149	5,20
Mit ... Räumen 1 oder 2	70,7	.	(9,6)	(12,6)	(9,6)	(9,9)	(9,6)	26,4	37	6,96
3	199,6	(4,6)	10,5	16,3	16,2	14,4	8,1	10,5	59	5,68
4	221,8	5,1	10,2	19,3	21,1	15,4	7,3	7,8	76	5,52
5 u. mehr	123,4	(5,6)	13,5	16,2	16,3	11,4	(7,9)	10,5	106	5,53
I n s g e s a m t	615,5	4,6	10,9	16,9	17,2	13,7	7,9	11,4	72	5,65

Wohnungen mit einer Fläche von unter 40 m² kosteten im Frühjahr 1985 im Mittel 214 DM Miete. Mit ansteigen-der Wohnfläche stiegen die Kosten. So wurden für 40 bis 80 m² Wohnfläche 341 DM und für 80 bis 120 m² bereits 515 DM bezahlt. Verfügt die Wohnungen über 120 und mehr Quadratmeter, stellte sich der zu entrichtende Mietzins auf 776 DM.

Für Kleinstwohnungen mit ein oder zwei Räumen, die einen Anteil am gesamten Mietwohnungsbestand von 11,5 % erreichten, errechnete sich ein mittlerer Mietwert von 255 DM. Am stärksten vertreten sind Vier- und Drei-raumwohnungen (36 bzw. 32 %), die im Durchschnitt 421 bzw. 337 DM im Monat kosteten. Jede fünfte Woh-nung hatte fünf oder mehr Räume. Jeder dritte Mieter mußte hier mehr als 600 DM zahlen.

Einzugsjahr beeinflußt Miethöhe

Gut ein Viertel der Haushalte, die vor dem Jahr 1972 ihre Wohnung bezogen haben, zahlte weniger als 250 DM Miete. Weitere 43 % mußten zwischen 250 und

400 DM monatlich aufbringen und 7,2 % mehr als 600 DM. Vergleichsweise stellten sich die Werte für die Bezugsjahre 1984/85 auf 21, 31 bzw. 20 %. Ohne das Baualter der Gebäude und die Ausstattung der Woh-nungen einzubeziehen, wirkt sich eine längere Miet-dauer auf die Höhe der Miete für den Wohnungsinhaber positiv aus. So belief sich die durchschnittliche Miete der Wohneinheiten mit einem Einzugsjahr vor 1972 auf 344 DM. Gut ein Viertel teurer (438 DM) waren die 1984 und 1985 bezogenen Wohnungen.

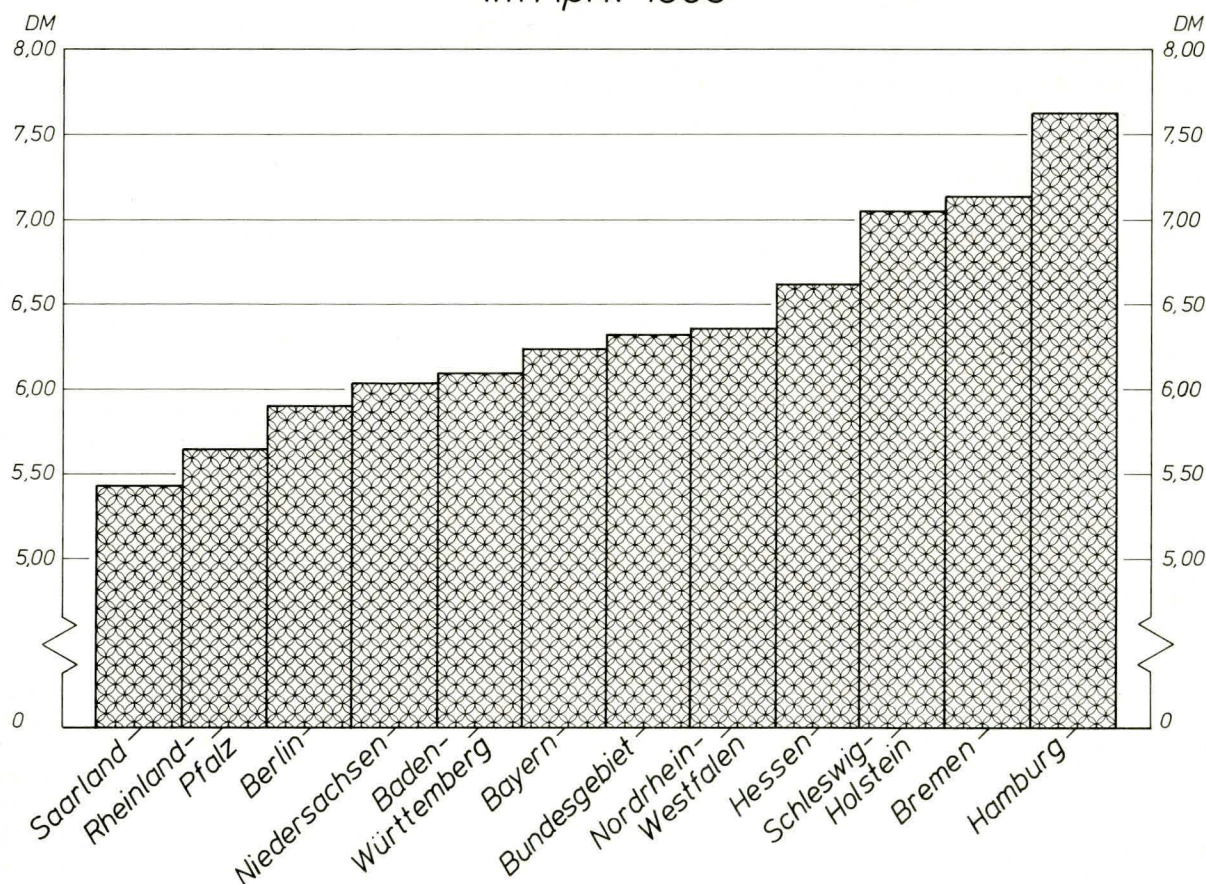
Diese Feststellung wird in einer Sonderauswertung des Ifo-Instituts bestätigt ¹⁾. Hier wurde berechnet, aus welchen Bestandteilen sich die Miete freifinanzierter Mietwohnungen in der Bundesrepublik zusammensetzt. In die Schätzungen gingen insgesamt 29 preisbestim-mende Merkmale ein. Als besonders wesentlich haben sich dabei neben Größe, Heizungsart, Balkon etc. die Vermieter-Mieter-Beziehungen sowie das Alter der Ge-bäude herausgestellt. Eine überraschend große Rolle spielte in allen sechs untersuchten Regionstypen der Mietdauerrabatt. Allerdings ist er in Kernstädten we-sentlich niedriger als im ländlichen Raum.

1) Vgl. Ifo-Schnellbrief, Nr. 11/88, S. 7 ff.

Hauptmieterhaushalte nach Haushaltsgröße und Mietbelastung 1985

Haushaltsgröße	Ins- gesamt	Von den Haushalten mit Mietangabe haben eine Belastung von ... % des Haushaltsnettoeinkommens							Durch- schnitt- liche Miet- belastung
		unter 10	10 — 15	15 — 20	20 — 25	25 — 30	30 — 35	35 und mehr	
	1 000	%							
1 Person	180,2	(4,4)	12,8	17,6	16,8	12,9	10,6	24,9	24,6
darunter weiblich	113,7	.	(8,6)	16,7	17,4	13,8	11,9	29,0	26,4
2 Personen	154,9	11,8	24,9	23,6	16,2	7,4	(4,4)	11,7	18,0
3 Personen	82,3	(10,2)	21,7	25,3	15,9	(10,1)	(7,3)	(9,5)	18,8
4 Personen	45,6	.	22,6	(21,7)	(16,9)	(13,4)	.	(11,6)	20,0
5 Personen u. mehr	20,4	21,0
I n s g e s a m t	483,4	8,5	19,4	21,2	16,2	10,8	7,4	16,5	20,2

Quadratmetermieten in den Bundesländern im April 1985



14.3/88

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

5,65 DM je Quadratmeter

Für Vergleichszwecke eignet sich der Preis für den Quadratmeter Wohnfläche. Lag er 1980 im Durchschnitt noch bei 4,16 DM und 1982 bei 4,77 DM, stieg er bis zum Frühjahr 1985 auf 5,65 DM. Rheinland-Pfalz weist damit nach dem Saarland (5,44 DM) die niedrigsten Mieten auf. Nur das Mietenniveau dieser beiden Länder bleibt unter der 6-DM-Grenze. Eine Ausnahme bildet Berlin (5,90 DM). Die benachbarten Länder Nordrhein-Westfalen und Hessen liegen mit 6,36 bzw. 6,62 DM deutlich über dem hiesigen mittleren Landeswert. Unter den Flächenstaaten ist das Wohnen in Schleswig-Holstein mit 7,05 DM je Quadratmeter am teuersten. Unter den Stadtstaaten liegt Hamburg mit 7,63 DM vorne. Den Bundesdurchschnitt von 6,32 DM je Quadratmeter unterschreiten sechs Länder.

In der Differenzierung nach dem Baualter verteuerten sich zwischen 1982 und 1985 die Mieten für Altbauten (Baujahr bis 1948) am stärksten. Sie zogen von 4,10 auf 4,95 DM je Quadratmeter an (+ 21 %). In der Baualtersklasse 1949 bis 1971 war die Zunahme mit + 13 % von 5,11 auf 5,76 DM geringer. Vermieter der zwischen 1972

und 1981 errichteten Wohngebäude verlangten mit 6,42 DM einen deutlich niedrigeren Preis als die der Kategorie 1982 und später mit 7,80 DM.

Dem Anstieg des mittleren Quadratmeterpreises von 4,77 DM auf 5,65 DM zwischen 1982 und 1985 (+ 18 %) standen Einkommenssteigerungen der Arbeitnehmer gegenüber. So konnten Arbeiter in der Industrie Verbesserungen bei den durchschnittlichen Bruttojahresverdiensten von 11,5 % erreichen, die Frauen von 12,2 %. Bei den Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe gab es insgesamt Gehaltssteigerungen von knapp 16 %, die Frauen erreichten mit 17 % einen Prozentpunkt mehr. In dem dreijährigen Zeitraum gingen die jährlichen Steigerungsraten des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte kontinuierlich zurück; der Index nahm um 8,1 % zu. Diese günstige Entwicklung, die sich später fortsetzte und insbesondere durch die sinkenden Energiepreise beeinflusst war, ließ sich nicht auf den Mietenindex übertragen. Zwar reduzierten sich die jährlichen Anstiege (1984: + 3,8 %, 1985: + 3,2 %), doch war die Erhöhung von 1982 bis 1985 mit 12,9 % stärker als die Zunahme des Preisindex der Lebenshaltung.

Geringere Verteuerungen für besser ausgestattete Wohnungen

Die bereits bei der letzten Erhebung ermittelte Tendenz, daß sich im Vergleich zur früheren Befragung die weniger gut ausgestatteten Wohneinheiten stärker verteuerten als die qualitativ höherwertigen, setzte sich fort. Wohnungen mit Bad, WC und ohne Sammelheizung kosteten durchschnittlich nur 4,97 DM je Quadratmeter, doch ist der Anstieg mit 26 % im Vergleich zu 1982 weit aus stärker als bei den Einheiten mit installierter Sammelheizung (6,08 DM, + 16 %).

Knapp ein Drittel der Mietwohnungen, deren durchschnittliche Fläche bei 72 m² lag, kosteten bis zu 5 DM je Quadratmeter. Bei der Erhebung 1982 ergab sich noch eine Quote von 57 %. Eine Miete von 8 DM und mehr entfiel auf 11,4 % der Einheiten. Diese Beträge zahlten insbesondere Mieter in Wohnungen, deren Fläche kleiner als 40 m² war (30 %). Mit ansteigender Wohnungsgröße ist nicht generell wie 1982 mit einem stetig niedrigeren Quadratmeterpreis zu rechnen. Wohnungen mit 40 bis 80 und 80 bis 120 m² brachten es auf 5,64 bzw. 5,65 DM, solche mit 120 m² oder mehr auf 5,20 DM.

Mietausgaben und Mietbelastung

Es wird des öfteren die Belastung der Mieterhaushalte durch Mietzahlungen als Hinweis für wohnungspolitische Fehlentwicklungen und zur Begründung von Eingriffen in die Mietpreisbildung angeführt. Die Belastung wird dabei als Anteil der Mietzahlungen am Einkommen berechnet. Während der Mietenindex reine Preisveränderungen wiedergibt, ist die Mietbelastungsquote abhängig von den Einkommensverhältnissen, der Wohnfläche und den qualitativen Ausstattungsmerkmalen der Wohnungen. Die Mietbelastungsquote wird mitbestimmt durch die individuellen Wünsche des Mie-

ters bei der Wahl der Wohnung. Sie zeigt damit auch, welchen Anteil des Einkommens die Haushalte für das Wohnen auszugeben bereit sind. Hinzu kommt, daß die Einkommen von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängen und bei positivem Verlauf die Mietbelastung mindern können. Da in der Regel sich aber Mietausgaben und Einkommen selten parallel entwickeln, schwankt diese Quote.

20 % des Nettoeinkommens für die Miete

Die durchschnittliche Mietbelastung der rheinland-pfälzischen Haushalte lag bei 20 %. Jeder zweite Haushalt mußte bis zu einem Fünftel seines verfügbaren Einkommens für das Wohnen ausgeben, gut ein Drittel brachte es auf eine Quote von 25 % und mehr.

Je nach der Haushaltsgröße variiert die Belastung. Für Ein-Personen-Haushalte ist sie mit knapp 25 % am höchsten. Dabei liegen die Aufwendungen alleinstehender Frauen mit gut 26 % noch darüber. Bei Zwei-Personen-Haushalten errechnet sich eine Quote von 18 %. Mit jedem weiteren zusätzlichen Haushaltsmitglied steigt der Wert von 18 % jeweils um einen Prozentpunkt, bis er bei fünf und mehr Personen 21 % erreicht. Entsprechende Werte ergeben sich für das Bundesgebiet.

Ein in der Diskussion um die Mietbelastung wenig berücksichtigter Tatbestand beeinflusst die Belastungsquote. Mit dem Anstieg der Eigentumsquote verlassen vorwiegend Haushalte mit im allgemeinen höherem Einkommen den Mieterstatus. Da diese in der Mehrzahl eine prozentual geringere Mietbelastung aufweisen, steigt durch diese strukturellen Änderungen die Belastungsquote aller Mieterhaushalte, ohne daß sich die Mietbelastung der einzelnen Haushalte geändert hat.

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 612	3 608	3 606	3 607	3 608
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 901	1 992	2 726	3 103	2 729	3 025 ^p	2 548 ^p	2 834 ^p	3 873 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,6	9,2	10,1	8,9	9,9 ^p	8,6 ^p	9,2 ^p	12,6 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 098	3 148	3 324	3 461	3 389	3 334 ^p	3 364 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,3	10,5	11,2	11,3	11,1	10,9 ^p	11,3 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 601	3 501	3 356	3 294	3 410	3 589 ^p	3 286 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,0	11,6	11,3	10,8	11,1	11,7 ^p	11,1 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	27	29	23	24	31	35 ^p	24 ^p
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	8,8	9,1	6,9	7,3	9,4	10,5 ^p	7,4 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 503	- 353	- 32	167	- 21	- 255 ^p	78 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,7	- 1,2	- 0,1	0,5	- 0,1	- 0,8 ^p	0,3 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	6 416	6 478	5 910	6 669	7 656
* Fortgezogene	Anzahl	6 215	6 326	4 714	6 037	6 398
* Wanderungssaldo	Anzahl	202	152	1 196	632	1 258
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 379	10 036	8 198	9 296	10 583
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	119 432	116 602	104 386	110 362	110 274	104 845	101 630	108 194	105 658
* Männer	Anzahl	63 608	61 911	52 878	54 482	54 099	52 653	49 810	52 954	51 645
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	9 332	.	6 500	.	.	.	5 624	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	40 978	.	36 954	.	.	.	34 879	.	.
Arbeitslosenquote	%	8,3	8,1	7,3	7,7	7,7	7,2	7,0	7,5	7,3
Offene Stellen	Anzahl	7 144	8 317	9 100	8 883	8 946	9 555	9 611	9 609	9 336
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	.	.	659	.	.	.	652	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	.	.	3 048	.	.	.	3 313	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	11 261	11 005	7 639	5 531	3 806	8 266	5 700	2 963	2 768
Männer	Anzahl	8 689	8 803	5 815	4 146	2 712	6 199	4 096	1 950	1 758
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾										
	t	14 792	14 684	14 647	13 741	13 802	14 714	12 912	12 651	14 113
* Rinder	t	4 937	4 695	4 377	3 981	4 081	4 170	3 808	3 724	4 131
* Kälber	t	30	32	30	28	26	29	25	23	20
* Schweine	t	9 712	9 832	10 111	9 637	9 579	10 367	8 956	8 782	9 837
Milch										
* Milcherzeugung	1000 t	80	73	82	74 ^r	77	81	78	76	76
* an Molkereien geliefert	%	94,6	94,2	95,7	95,4	94,6	95,3	95,7	95,6	95,4
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 614	2 584	2 583	2 580	2 578	2 604	2 608	2 607	2 611
* Beschäftigte	1000	367	365	363	366	368	364	365	368	372
* Arbeiter ⁸⁾	1000	253	250	249	251	254	248	249	251	254
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	35 393	34 730	33 054	35 617	31 128	34 453	33 910	32 771	33 184
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 307	1 357	1 421	1 333	1 305	1 309	1 482	1 366	1 376
* Löhne	Mill. DM	760	783	810	789	770	758	843	788	811
* Gehälter	Mill. DM	547	574	611	544	535	551	639	578	565
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 028	1 007	965	1 028	962	1 043	1 068	995	1 037
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 782	6 913	6 811	7 118	6 319	7 465	7 596	7 109	7 189
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 408	2 495	2 498	2 579	2 230	2 786	2 901	2 716	2 658

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	101	102	110	99	95	113	112	102	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	103	104	108	99	95	115	113	103	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	102	103	108	98	95	115	114	103	96
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	107	110	114	111	111	125	124	118	114 ^p
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	85	76	92	88	86	96	102	96	90 ^p
Chemische Industrie	1980 = 100	117	123	125	123	126	133	137	130	126 ^p
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	98	95	106	82	77	118	105	91	76 ^p
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	100	99	118	83	75	117	115	94	78 ^p
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	94	87	96	75	75	97	80	81	64 ^p
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	97	97	98	88	86	100	100	88	86 ^p
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	82	74	63	48	81	64	61	48	64 ^p
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1980 = 100	106	111	111	106	96	120	120	107	104 ^p
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	87	87	122	99	92	96	100	92	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	452	690	396	372	552	1 193	1 139	1 172	...
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	2 294	2 053	2 014	2 443	1 791	1 452	1 299	1 439	...
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	865	822	742	739	669	817	782	819	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 839	1 873	1 646	2 055	1 605	1 747	1 578	1 710	...
Gasverbrauch	Mill. m ³	338	386	293	265	264	314	302	297	261
Handwerk²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	96	95	90	.	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	146	148	150	.	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 864	60 061	61 847	61 901	62 222	58 445 ^p	59 209 ^p	58 811 ^p	59 336 ^p
Facharbeiter	Anzahl	31 338	30 687	35 585	31 745	32 327	29 852 ^p	32 725 ^p	30 415 ^p	30 641 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 347	15 097	12 073	16 186	15 839	14 818 ^p	12 902 ^p	15 143 ^p	15 330 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	7 109	6 993	8 976	8 893	7 467	7 364 ^p	7 610 ^p	7 310 ^p	7 485 ^p
Privater Bau	1000	4 371	4 234	4 722	5 293	4 416	4 435 ^p	4 557 ^p	4 395 ^p	4 497 ^p
* Wohnungsbau	1000	2 651	2 433	2 772	3 032	2 497	2 577 ^p	2 756 ^p	2 544 ^p	2 607 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1000	34	41	51	67	53	29 ^p	31 ^p	24 ^p	41 ^p
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 686	1 760	1 899	2 194	1 866	1 829 ^p	1 770 ^p	1 827 ^p	1 849 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	2 738	2 759	4 255	3 600	3 051	2 929 ^p	3 053 ^p	2 915 ^p	2 988 ^p
Hochbau	1000	670	608	1 539	597	498	567 ^p	649 ^p	560 ^p	662 ^p
Tiefbau	1000	2 068	2 151	2 716	3 003	2 553	2 362 ^p	2 404 ^p	2 355 ^p	2 326 ^p
Straßenbau	1000	1 134	1 271	1 618	1 861	1 568	1 274 ^p	1 281 ^p	1 319 ^p	1 250 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	176	174	187	198	192	184 ^p	192 ^p	188 ^p	199 ^p
* Löhne	Mill. DM	146	143	157	167	162	153 ^p	160 ^p	156 ^p	168 ^p
* Gehälter	Mill. DM	30	31	30	31	30	31 ^p	32 ^p	32 ^p	31 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	511	532	553	618	546	522 ^p	598 ^p	584 ^p	625 ^p

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	742	713	825	921	833	857	922	872	878
* mit 1 Wohnung	Anzahl	536	584	680	762	682	715	741	691	724
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	161	98	111	121	121	107	129	140	124
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	45	31	34	38	30	35	52	41	30
* Umbauter Raum	1000 m³	720	669	765	857	789	801	895	812	828
* Wohnfläche	1000 m²	119	109	125	139	129	128	148	134	137
Wohnräume	Anzahl	5 567	5 041	5 838	6 353	5 886	5 887	6 698	6 175	6 343
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	232	216	250	280	256	259	288	264	275
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	1	–	2	1	–	2	–	5
Unternehmen	Anzahl	120	115	127	145	169	111	169	148	141
Private Haushalte	Anzahl	621	597	698	774	663	746	751	724	732
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	160	157	197	159	136	189	192	177
* Umbauter Raum	1000 m³	638	659	614	594	540	482	759	794	793
* Nutzfläche	1000 m²	109	110	108	94	89	86	130	147	137
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	147	133	143	93	83	112	117	177	151
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	32	32	32	33	30	15	26	28	22
Unternehmen	Anzahl	127	125	123	160	124	118	160	154	148
Private Haushalte	Anzahl	5	3	2	4	5	3	3	10	7
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 308	1 108	1 289	1 387	1 295	1 283	1 529	1 352	1 449
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 443	2 484	2 454	2 689	2 136
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 300	1 371	1 402	1 480	1 130
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	196	209	200	213	228
Dänemark	Mill. DM	52	50	50	45	49
Frankreich	Mill. DM	326	337	360	393	246
Griechenland	Mill. DM	21	23	24	22	20
Großbritannien	Mill. DM	224	235	228	268	203
Irland	Mill. DM	9	8	8	9	6
Italien	Mill. DM	221	236	253	244	133
Niederlande	Mill. DM	175	183	187	198	174
Spanien	Mill. DM	63	74	77	73	59
Portugal	Mill. DM	13	16	15	17	12
USA und Kanada	Mill. DM	180	164	146	186	158
Japan	Mill. DM	51	48	48	55	45
Entwicklungsländer	Mill. DM	310	299	288	313	271
Staatshandelsländer	Mill. DM	120	118	124	136	77
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 441	1 464	1 503	1 595	1 327
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	857	882	905	923	786
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	174	164	171	163	157
Dänemark	Mill. DM	22	22	23	17	16
Frankreich	Mill. DM	204	200	202	209	162
Griechenland	Mill. DM	7	10	15	12	10
Großbritannien	Mill. DM	75	83	87	78	62
Irland	Mill. DM	5	3	3	3	3
Italien	Mill. DM	140	146	147	167	113
Niederlande	Mill. DM	182	205	215	215	222
Spanien	Mill. DM	39	40	33	49	34
Portugal	Mill. DM	8	9	9	9	8
USA und Kanada	Mill. DM	87	82	71	93	67
Japan	Mill. DM	69	83	114	86	64
Entwicklungsländer	Mill. DM	184	172	174	216	198
Staatshandelsländer	Mill. DM	46	45	53	50	42

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	100	101	100	94	95	100	96	96	97
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	100	103	98	103	89	106	96	104 ^r	95
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	100
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	100
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	100	101	102	103	104	105	104	107 ^r	107
Teilbeschäftigte	1986 = 100	100	104	106	105	105	116	110	112	112
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	100	99	108	108	108	106	111	111 ^r	114
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	100	100	112	111	113	111	116	115 ^r	117
Gaststättengewerbe	1986 = 100	100	98	106	107	106	102	107	110 ^r	114
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	437	453	569	583	593	560	579	609	...
* Ausländer	1000	105	108	148	211	198	127	145	210	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 565	1 607	2 040	2 357	2 420	1 863	2 045	2 388	...
* Ausländer	1000	342	355	449	779	747	370	456	765	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1000 t	1 533	1 520	1 495	1 695	1 640	1 585	1 544	1 628	...
* Güterversand	1000 t	944	950	1 066	1 042	939	1 052	1 077	989	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 402	15 420	16 831	17 818	11 548	17 215	17 086	15 407	11 594
Krafträder	Anzahl	518	499	603	687	307	1 144	782	497	368
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	14 067	14 048	15 211	16 192	10 532	15 016	15 194	14 003	10 497
* Lastkraftwagen	Anzahl	512	579	883	606	463	628	719	587	508
Zugmaschinen	Anzahl	209	218	306	204	175	277	245	204	153
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	10 354	10 608	11 073	11 501	9 426	11 573	10 704
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 657	1 617	1 879	2 080	1 706	2 059	1 929	1 920 ^p	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 697	8 991	9 194	9 421	7 720	9 514	8 775
Verunglückte Personen	Anzahl	2 230	2 177	2 553	2 801	2 334	2 822	2 618	2 662 ^p	...
* Getötete	Anzahl	48	42	49	38	55	48	44	60	...
Pkw-Insassen	Anzahl	28	22	23	13	27	27	24	43	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	8	7	10	16	12	13	13	9	...
Radfahrer	Anzahl	3	3	4	7	8	3	4	5	...
Fußgänger	Anzahl	8	8	8	2	7	4	1	3	...
Schwerverletzte	Anzahl	658	617	720	768	692	780 ^p	750	822 ^p	...
Pkw-Insassen	Anzahl	340	342	376	362	365	376	410
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	149	118	185	216	180	223	182
Radfahrer	Anzahl	62	55	72	105	74	82	77
Fußgänger	Anzahl	86	83	62	69	58	80	59
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	82	80	65	71	73	75	79	51	77
Angemeldete Forderungen	1000 DM	51 034	45 767	20 608	18 134	44 177	39 223	17 246	16 031	37 684
* Vergleichsverfahren	Anzahl	-	0	-	1	-	1	-	1	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	699	587	688	680	527	632	480	478	439
* Wechselsumme	1000 DM	5 812	4 146	5 419	4 691	4 311	3 574	3 022	3 123	3 223

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	82 106	84 531	82 986	83 109	83 345	85 712	86 648	86 681	86 563
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	80 239	82 443	81 052	81 200	81 409	83 612	84 537	84 538	84 428
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 794	14 189	14 585	14 270	14 159	14 009	14 748	14 442	14 030
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	14 343	13 909	14 212	13 870	13 713	13 791	14 449	14 202	13 849
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	451	280	373	400	446	218	299	240	181
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 811	7 135	7 385	7 251	7 261	7 226	7 184	7 116	7 067
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	6 624	6 235	6 353	6 311	6 322	6 326	6 307	6 283	6 254
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 187	900	1 032	940	939	900	877	833	813
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	57 634	61 119	59 082	59 680	59 989	62 377	62 604	62 980	63 331
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	47 201	50 266	48 425	48 909	49 265	51 273	51 536	51 926	52 306
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 434	10 853	10 657	10 771	10 724	11 105	11 068	11 054	11 025
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	74 877	79 944	76 487	76 451	77 259	80 877	80 754	80 871	81 241
* Sichteinlagen	Mill. DM	10 448	11 013	10 599	10 284	10 828	11 295	11 422	11 409	11 388
* Termingelder	Mill. DM	26 136	28 315	27 112	27 411	27 572	28 849	28 620	28 841	29 271
* Spareinlagen	Mill. DM	38 293	40 617	38 777	38 756	38 859	40 734	40 711	40 620	40 582
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 846	1 847	1 570	1 887	1 506	1 525	1 563	1 786	1 581
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 635	1 657	1 475	1 908	1 403	1 558	1 585	1 877	1 619
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1000 DM	1 350 174	1 455 533	1 708 569	1 115 753	1 543 534	1 390 424	1 744 211	1 264 121	1 586 572
* Steuern vom Einkommen	1000 DM	975 488	1 013 291	1 355 778	689 905	1 055 923	937 751	1 348 138	747 510	1 111 845
* Lohnsteuer	1000 DM	676 863	710 348	566 920	625 064	964 507	860 770	553 960	643 444	974 237
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1000 DM	123 189	128 269	—	—	366 664	340 787	—	—	373 927
* Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	123 887	123 070	387 053	— 71 389	— 36 424	— 39 039	393 355	— 64 466	— 44 732
* Kapitalertragsteuer	1000 DM	27 068	29 130	13 704	170 104	33 717	21 529	21 363	160 332	61 254
* Körperschaftsteuer	1000 DM	147 670	150 743	388 101	— 33 874	94 123	94 491	379 460	8 200	121 086
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1000 DM	42 721	33 271	—	—	84 450	59 333	—	—	73 108
* Steuern vom Umsatz	1000 DM	374 686	442 243	352 791	425 848	487 611	452 673	396 073	516 611	474 727
* Umsatzsteuer	1000 DM	226 169	296 547	235 624	261 455	333 205	300 792	228 980	348 790	319 177
* Einfuhrumsatzsteuer	1000 DM	148 517	145 696	117 167	164 393	154 406	151 881	167 093	167 821	155 550
* Bundessteuern	1000 DM	128 372	131 998	144 117	103 308	125 125	118 253	133 086	137 069	130 599
* Zölle	1000 DM	10 164	10 975	9 712	10 639	12 748	11 969	13 869	16 577	16 176
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1000 DM	114 805	117 493	132 357	89 972	104 721	103 910	113 786	117 246	111 276
* Landessteuern	1000 DM	87 446	86 069	79 931	72 048	107 083	121 331	82 689	75 861	119 495
* Vermögensteuer	1000 DM	14 509	17 520	3 054	4 594	43 302	48 202	2 452	3 217	48 267
* Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	48 972	43 680	51 686	48 682	38 732	50 564	47 987	47 058	41 045
* Biersteuer	1000 DM	6 142	6 164	6 400	6 922	7 466	5 749	7 508	7 116	6 244

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften bis einschließlich November 1985, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. — 2) Einschl. Zinsgutschriften.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August		Mai	Juni	Juli	August
* Gemeindesteuern ¹⁾	1000 DM	507 992	504 330	530 822	.	.	.	596 614	.	.
* Grundsteuer A	1000 DM	7 970	8 139	9 777	.	.	.	9 860	.	.
* Grundsteuer B	1000 DM	92 789	93 871	108 165	.	.	.	108 397	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1000 DM	357 652	353 821	361 793	.	.	.	416 962	.	.
Grunderwerbsteuer	1000 DM	36 489	35 193	32 635	.	.	.	40 259	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1000 DM	809 251	872 582	981 897	708 194	900 921	820 142	993 559	833 484	926 259
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1000 DM	427 688	444 139	606 340	303 427	458 355	407 245	603 020	330 332	486 210
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1000 DM	243 552	287 463	231 440	274 685	316 952	294 242	257 453	335 800	308 578
* Steuereinnahmen des Landes	1000 DM	698 834	746 669	898 847	576 208	781 773	767 436	818 642	688 898	842 130
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1000 DM	425 346	441 524	605 049	299 461	449 532	401 911	600 643	326 262	475 111
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1000 DM	176 403	210 094	213 867	177 925	224 669	243 792	135 310	256 492	246 652
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1000 DM	814 965	826 186	805 825	.	.	.	867 363	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ²⁾	1000 DM	304 361	300 720	307 267	.	.	.	354 651	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1000 DM	360 265	374 957	329 529	.	.	.	333 059	.	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	120,7	121,0	121,3	121,3	121,2	122,4	122,6	122,5	122,6
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	117,6	117,0	118,0	117,6	116,6	117,6	118,2	117,5	116,9
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	116,2	118,6	.	.	119,1	120,9	.	.	121,7
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	16,72	17,48	.	17,58
* Männliche Arbeiter	DM	17,57	18,34	.	18,42
* Facharbeiter	DM	18,46	19,27	.	19,38
Angelernte Arbeiter	DM	16,87	17,58	.	17,65
Hilfsarbeiter	DM	14,93	15,55	.	15,60
* Weibliche Arbeiter	DM	12,48	12,95	.	13,04
* Hilfsarbeiter	DM	12,21	12,72	.	12,78
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,7	40,6	.	40,7
Männliche Arbeiter	Std.	41,0	40,9	.	41,0
Weibliche Arbeiter	Std.	39,2	39,0	.	39,0
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 219	4 368	.	4 395
Kaufmännische Angestellte	DM	3 776	3 907	.	3 908
* männlich	DM	4 495	4 651	.	4 650
* weiblich	DM	2 946	3 053	.	3 065
Technische Angestellte	DM	4 609	4 772	.	4 820
* männlich	DM	4 714	4 883	.	4 932
* weiblich	DM	3 277	3 399	.	3 427
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 868	3 008	.	3 038
Kaufmännische Angestellte	DM	2 858	2 997	.	3 030
* männlich	DM	3 452	3 596	.	3 634
* weiblich	DM	2 373	2 487	.	2 517

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	61 066	...	61 155	61 170	61 199
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	31 001	31 825 ^p	48 029 ^p	44 266 ^p	42 591 ^p	23 945 ^p	49 482 ^p	41 368 ^p	40 158 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	52 164	53 396 ^p	52 221 ^p	56 686 ^p	59 172 ^p	51 481 ^p	57 989 ^p	55 914 ^p	56 779 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 491	57 170 ^p	54 533 ^p	56 927 ^p	55 593 ^p	56 686 ^p	58 779 ^p	54 088 ^p	52 693 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 6 327	- 3 774 ^p	- 2 312 ^p	- 241 ^p	3 579 ^p	- 5 205 ^p	- 790 ^p	1 826 ^p	4 086 ^p
Arbeitslose	1000	2 228	2 229	2 099	2 097	2 176	2 262	2 149	2 131	2 199
Männer	1000	1 200	1 207	1 120	1 107	1 133	1 219	1 132	1 111	1 136
Arbeitslosenquote	%	9,0	8,9	8,3	8,3	8,7	8,9	8,4	8,4	8,6
Offene Stellen	1000	154	171	181	182	180	193	196	201	199
Kurzarbeiter	1000	197	278	222	184	216	261	198	202	159
Männer	1000	164	231	168	135	181	211	156	171	137
Produzierendes Gewerbe ⁴⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	105	103	103	103	99	105	104	108	99
ohne Baugewerbe	1980 = 100	107	102	101	101	97	104	103	107	98
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	107	102	102	102	98	104	104	108	99
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	99	99	102	100	101	105	106	107	106
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	118	105	104	106	96	107	106	113	96
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	97	103	100	99	98	105	102	105	96
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	105	100	95	96	100	95	97	101	100
Baugewerbe	1980 = 100	87	106	123	126	129	114	120	123	121
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1000	7 063	7 054	7 027	7 036	7 067	6 993	7 001	7 019	7 051
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	663	645	637	619	629	641	639	641	580
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	122 358	123 074	117 939	121 172	120 920	126 656	125 749	132 468	122 941
Auslandsumsatz	Mill. DM	36 359	36 518	34 761	36 740	35 404	37 621	38 235	41 013	35 948
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	28 814	29 549	26 479	25 571	25 058	29 089	27 100 ^p
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 676	2 790	3 144	2 916	2 370	2 932	2 227	2 225	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1000	1 003	985	1 003	1 010	1 017	955 ^p	969 ^p	975 ^p	979 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	107	103	117	120	128	106 ^p	116 ^p	118 ^p	110 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 711	8 841	8 408	9 467	10 349	7 478 ^p	8 871 ^p	9 972 ^p	10 432 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	9 668	9 121	10 520	10 479	12 191	11 337	11 731	11 689	11 931
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	9 022	8 568	9 904	9 903	11 590	10 708	11 051	10 969	11 248
Wohnfläche	1000 m ²	1 583	1 450	1 667	1 663	1 846	1 802	1 852	1 898	1 896
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 517	2 536	2 712	2 815	3 306	2 679	2 956	3 041	3 144
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	18 264	15 897	17 804	17 997	19 454	18 876	19 563	20 577	20 276
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	100,0	104,0	100,8	98,2	106,5	106,1 ^p	106,9 ^p	104,0 ^p	103,9 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	100,0	102,3	111,6	109,5	111,8	103,1 ^p	114,4 ^p

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	43 864	43 918	43 314	42 097	45 554
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	22 286	23 123	22 581	22 816	23 689
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 098	3 240	3 119	3 229	2 868
Frankreich	Mill. DM	5 194	5 301	5 275	5 243	5 697
Großbritannien	Mill. DM	3 716	3 845	3 695	3 800	4 251
Italien	Mill. DM	3 573	3 838	3 728	3 823	3 933
Niederlande	Mill. DM	3 788	3 841	3 683	3 656	3 886
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	34 517	34 123	32 762	33 784	35 645
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	18 023	17 955	17 501	18 054	18 489
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 455	2 427	2 410	2 525	2 317
Frankreich	Mill. DM	3 924	3 958	3 813	3 976	3 928
Großbritannien	Mill. DM	2 481	2 434	2 439	2 515	2 350
Italien	Mill. DM	3 175	3 267	2 985	3 525	4 001
Niederlande	Mill. DM	3 984	3 746	3 750	3 514	3 666
Geld und Kredit ²⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 069 ^r	2 145	2 058	2 070	2 079	2 161	2 171	2 193	2 202 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 592 ^r	1 643	1 583	1 597	1 599	1 651	1 656	1 675	1 677 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	478 ^r	502	475	473	480	510	515	518	525 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 481 ^r	1 583	1 493	1 497	1 493	1 580	1 595	1 599	1 594 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	670 ^r	707	678	679	678	713	713	712	711 ^p
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	28 196	29 448	19 838	39 260	25 818	22 788	22 535	39 486	26 634
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	18 545	19 171	9 999	29 798	15 795	11 679	12 202	29 728	15 574
Lohnsteuer	Mill. DM	12 686	13 681	12 210	13 677	14 940	11 867	12 412	13 632	15 105
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 490	2 558	- 708	7 831	- 706	- 839	- 993	8 401	- 541
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	9 262	9 900	9 554	9 456	9 181	10 194	10 046	9 754	10 122
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 882	5 615	5 227	5 351	4 704	5 255	5 564	5 135	5 347
Bundessteuern	Mill. DM	4 696	4 772	4 789	4 488	4 803	4 650	4 969	4 619	4 980
Zölle	Mill. DM	437	462	458	415	446	626	479	495	515
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 910	3 964	4 008	3 834	4 072	3 715	4 182	3 867	4 195
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1980 = 100	108,4	103,9	104,6	104,3	103,6	104,0	104,0	104,6	105,2
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1980 = 100	97,2	93,9	93,9	93,9	92,3	92,5	91,6	93,2	93,1 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1985 = 100	97,5	95,1	94,7	94,8	95,1	95,8	96,0	96,3	96,4
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	116,8	119,2	119,1	-	-	-	121,5	-	-
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980 = 100	116,2	118,6	118,5	-	-	-	120,9	-	-
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	104,8	105,8	105,9	-	-	-	107,0	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	120,7	121,0	121,1	121,3	121,3	122,2	122,4	122,6	122,5
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	117,6	117,0	118,3	118,0	117,6	117,4	117,6	118,2	117,5
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	120,6	122,2	122,0	122,1	122,1	123,5	123,6	123,6	123,6
Wohnungsmieten	1980 = 100	126,4	128,7	128,4	128,6	128,8	130,9	131,2	131,4	131,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	116,4	106,1	104,7	106,0	106,4	103,4	103,1	102,9	102,8
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	119,1	120,5	120,4	120,5	120,5	121,7	121,8	121,9	121,9
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	121,5	122,8	122,8	122,8	122,9	123,9	124,1	124,2	124,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	118,3	119,5	119,8	120,0	120,1	121,1	121,7	122,0	122,0
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	117,8	119,1	119,1	119,0	118,7	121,0	120,9	120,5	120,0
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	130,1	132,6	131,5	132,6	132,9	135,9	136,2	136,6	137,1

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986. – 2) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.

Mehr Umsatz im Handwerk

Im zweiten Quartal 1988 lagen die Umsätze der rheinland-pfälzischen Handwerksunternehmen um 2,5 % höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Überdurchschnittliche Zuwachsraten gab es im Bauhandwerk (+ 6,1 %), im Bereich Gesundheits- und Körperpflege sowie Reinigung (+ 5,1 %) und in den Metallberufen (+ 2,6 %). Das Bekleidungs-, Textil- und Lederhandwerk schloß das Vierteljahr mit einer knappen Umsatzsteigerung von + 0,3 % ab, während die Erlöse im Bereich Glas, Papier, Keramik um 0,5 %, im Holz- bzw. Nahrungsmittelgewerbe um 0,8 % bzw. 4,2 % hinter denen des Vergleichszeitraumes zurückblieben. Die Zahl der Beschäftigten verminderte sich in allen Gewerbegruppen; im Schnitt sank die Zahl der in den Meisterbetrieben tätigen Personen um 5,3 %.

Die Handwerker schlossen das erste Halbjahr 1988 mit einem um 4,4 % höheren Umsatzergebnis als vor Jahresfrist ab. Hohe Steigerungsraten wiesen insbesondere das Baugewerbe mit + 13,2 % sowie der Bereich Gesundheit, Körperpflege und Reinigung mit + 7,4 % auf. ju

Erfreuliche Gästezahlen im ersten Halbjahr 1988

Im ersten Halbjahr 1988 konnte die Zahl der Fremdenverkehrsgäste (2 261 091) den Wert des ersten Halbjahres (2 235 848) noch übersteigen. Diese Entwicklung ist überraschend, weil die Zahl der ausländischen Gäste mit 484 599 um 1,8 % niedriger lag als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Von Januar bis Juni 1988 übernachteten 7 849 784 Gäste und damit mehr als im Jahr zuvor in Rheinland-Pfalz. Daraus wird der gute Verlauf der Fremdenverkehrssaison im ersten Halbjahr 1988 deutlich. Rückläufig waren die Übernachtungen der Ausländer, und zwar in den Fremdenverkehrsgebieten Rheinhessen (– 12,5 %), Hunsrück/Nahe/Glan (– 6,6 %) sowie Pfalz (– 5,6 %). Einen ungewöhnlich hohen Zuwachs registrierte dagegen die Region Westerwald/Lahn/Taunus mit + 32 %. kl

Gutes Wetter bringt Camping-Boom

Den stärksten Gästezuwachs hatte der Westerwald (+ 143 %)

Die rheinland-pfälzischen Campingplätze wurden im ersten Halbjahr 1988 von 313 000 Gästen besucht. Das sind 21 % mehr als im ersten Halbjahr 1987. Dazu trug das günstige Reisewetter bei. Insgesamt wurden 1,4 Mill. Übernachtungen gezählt, was gegenüber dem

kurz + aktuell

vorjährigen Vergleichszeitraum einer Zunahme von 29 % entspricht. Rund 40 % Prozent der Übernachtungen sind dem sogenannten Urlaubs- und etwa 60 % dem Dauercamping zuzuordnen.

Vor allem im Westerwaldkreis, aber auch in der vorderen Eifel, an der Mosel, im Rhein-Lahn-Kreis und in einigen Bereichen der Pfalz nahm die Zahl der Camper besonders deutlich zu. Teilweise kamen doppelt so viele Gäste wie im ersten Halbjahr 1987. sr

Im Juli höchste Zahl der Verkehrstoten seit 1984

Im Juli 1988 verunglückten bei über 11 000 Verkehrsunfällen auf den rheinland-pfälzischen Straßen rund 2 660 Personen. Gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres nahm die Zahl der Unfälle um 4 %, die der Verunglückten um 5 % ab. Es trugen 11 % weniger Menschen leichte Verletzungen davon, die Zahl der Schwerverletzten nahm jedoch um 7 % zu. Mit 60 Verkehrstoten, 22 mehr als im Vorjahresmonat, wurde die höchste Julizahl an Todesopfern seit 1984 verzeichnet. bn

1987 weniger Kinder im Straßenverkehr verunglückt Deutlicher Anstieg im ersten Halbjahr 1988

Im Jahre 1987 verunglückten auf den rheinland-pfälzischen Straßen 2 371 Kinder unter 15 Jahren, das sind 2,7 % weniger als 1986. Die Zahl der Schwerverletzten verringerte sich um 2,7 % auf 745, die der Leichtverletzten um 2,4 % auf 1 602. 24 Kinder starben bei Verkehrsunfällen; das sind 17 % weniger als 1986.

Die Mehrzahl der verunglückten Kinder kam als Fußgänger (840), Mitfahrer von Personenwagen (761) und Radfahrer (689) zu Schaden. Drei von vier Kindern verunglückten innerhalb geschlossener Ortschaften, davon 45 % als Fußgänger und 34 % mit dem Fahrrad. Außerhalb von Ortschaften wurden die meisten Kinder als Personenwagen-Insassen verletzt oder getötet (74 %).

Wenig erfreulich sieht die Entwicklung im ersten Halbjahr 1988 aus. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 1987 nahm die Zahl der im Straßenverkehr verunglückten Kinder unter 15 Jahren um 7,3 % auf 1 229 zu, liegt damit aber deutlich unter dem Anstieg in den übrigen Altersgruppen (+ 12 %). gr

Auch in den ersten sieben Monaten wieder mehr Personenschadensunfälle und Verkehrstote

Von Januar bis Juli 1988 ereigneten sich rund 74 400 Straßenverkehrsunfälle (+ 1 %), wobei die Personenschadensunfälle um fast 8 % auf 11 840 anstiegen. Tödlich verunglückten fast 300 Personen (Vorjahreszeitraum 280). bn

**Gemüsebauern erweiterten Anbau und Artenvielfalt
Über 80 % des rheinland-pfälzischen Gemüseanbaus in der Vorderpfalz**

Mit heute insgesamt 6 739 ha haben die rheinland-pfälzischen Gemüsebauern seit 1984 ihre Anbaufläche im Freiland um 21 % ausgedehnt. Gleichzeitig ging die Zahl der Gemüsebaubetriebe um rund 530 auf 2 688 zurück.

Nach wie vor flächenmäßig von besonderer Bedeutung ist die Produktion von Kopfsalat (887 ha), Zwiebeln (796 ha), Blumenkohl (741 ha), Möhren (694 ha) sowie von Spinat (544 ha), Spargel (409 ha) und Radieschen (313 ha). Zunehmend an Beliebtheit beim Verbraucher gewinnen aber auch neue Gemüsearten. Hier sind insbesondere die verschiedenen Salate, wie Eis- und Lollo-salat sowie Radicchio zu nennen. Daneben wurde der Anbau von Chinakohl auf über 200 ha erweitert und damit mehr als verdoppelt. Die in diesem Jahr erstmals ermittelten Flächen von Brokkoli und Petersilie betragen 65 bzw. 86 ha.

Die Hälfte des rheinland-pfälzischen Gemüsebaus entfällt auf den Landkreis Ludwigshafen (3 162 ha). Bedeutende Gemüsebaugemeinden sind hier Bobenheim-Roxheim, Dannstadt-Schauernheim, Schifferstadt und Fußgönheim. Zusammen mit den benachbarten Städten Ludwigshafen und Frankenthal sowie den Landkreisen Germersheim und Südliche Weinstraße liegen über 80 % der Gemüsebauflächen des Landes im vorderpfälzischen Raum. hü

Gute Kartoffelernte

Die diesjährige Kartoffelernte wird sich in Rheinland-Pfalz voraussichtlich auf rund 335 000 t belaufen. Sie liegt damit etwas niedriger als im Vorjahr. Bei Frühkartoffeln wurde mit 293 dt je Hektar wiederum eine deutlich überdurchschnittliche Flächenleistung erzielt (+ 14 %). Auch bei den Spätkartoffeln liegen die Erträge mit rund 310 dt pro Hektar im Landesmittel noch um 8 % über dem mehrjährigen Durchschnitt. Der Vorjahresertrag, der hier durch die witterungsbedingt aufgetretene Krautfäule etwas gemindert wurde, konnte um mehr als 10 dt überschritten werden. Die Qualität der Kartoffelknollen wird allgemein als gut bezeichnet. hü.

Stundenlohn der Handwerker 15,98 DM

Die rheinland-pfälzischen Arbeiter im Handwerk erhielten im Mai 1988 einen durchschnittlichen Bruttostundenlohn von 15,98 DM. Das sind 1,7 % mehr als im entsprechenden Monat des Vorjahres. Bei den Vollgesellen stiegen die Stundenverdienste auf 16,79 DM (+ 1,8 %), bei den Junggesellen auf 12,71 DM (+ 1,6 %) und bei den übrigen Arbeitern auf 14,53 DM (+ 1,6 %). Die Bruttowochenverdienste erhöhten sich im gleichen Zeitraum für Vollgesellen um 1,9 % auf 684 DM, für Junggesellen um 2 % auf 516 DM und für die übrigen Arbeiter um 1,7 % auf 605 DM.

Die höchsten Stundenlöhne erreichten die Maler und Lackierer mit 16,63 DM, danach folgten die Zentralheizungs- und Lüftungsbauer mit 16,40 DM und die Schlosser mit 16,36 DM.

Die bezahlten Wochenstunden im Handwerk stiegen um 0,2 % auf 40,8. Mit 1,1 Überstunden pro Woche blieb die Mehrarbeitszeit gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres unverändert. Unter den einzelnen Handwerkszweigen kamen die Schlosser mit 2,4 Stunden wöchentlich auf die meisten Überstunden. ze

**Heizöl ein Siebtel billiger als vor Jahresfrist
Verbraucherpreise im September**

Vor allem rückläufige Energiepreise führten dazu, daß das Verbraucherpreisniveau im September nahezu konstant blieb. So kosteten im September im Durchschnitt der rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden 100 l Heizöl 30,76 DM. Das sind 5,6 % weniger als im August und ein Siebtel weniger als im September des Vorjahres. Mit Ausnahme des verbleiten Superbenzins, das teurer war als ein Jahr zuvor, wiesen die anderen Benzinarten und der Dieselmotorkraftstoff im Vergleich sowohl zum Vormonat als auch zum September 1987 Preisminderungen um bis zu 2 % auf. Auch Gas und Strom waren geringfügig billiger als vor Jahresfrist.

Unter den Lebensmitteln errechnen sich im Vergleich zum September des Vorjahres erhebliche Preissenkungen für Chinakohl, Kopfsalat, Tomaten und Bananen. Auch Schweinefleisch, Pflanzenmargarine, Honig und Schokolade waren deutlich billiger. Beträchtlich teurer waren Kartoffeln, Weißkohl, Birnen sowie Kabeljau und Rotbarsch. br

kurz + aktuell

Weiterer Geburtenanstieg in Rheinland-Pfalz

Im ersten Halbjahr 1988 hat sich der seit 1986 wieder festgestellte Geburtenanstieg fortgesetzt. In den ersten sechs Monaten des Jahres wurden 19 251 Kinder lebend geboren, das sind 1 147 oder 6,3 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Entsprechend gestiegen ist die allgemeine Geburtenziffer (Lebendgeborene auf 1 000 Einwohner) des ersten Halbjahres von 10,1 im Jahre 1987 auf 10,7 im Jahre 1988.

Dagegen ist im ersten Halbjahr 1988 die Anzahl der Sterbefälle auf 20 806 zurückgegangen. Das sind 1,5 % weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Hierdurch verminderte sich die allgemeine Sterbeziffer (Gestorbene auf 1 000 Einwohner) von 11,8 auf 11,6. Bemerkenswert ist die Verringerung der Säuglingssterbeziffer (im ersten Lebensjahr Gestorbene auf 1 000 Lebendgeborene) von 9,3 der ersten sechs Monate des vergangenen Jahres auf 8,3 diesen Jahres.

Der Sterbeüberschuß von 1 555 Personen im ersten Halbjahr 1988 war gerade noch gut halb so groß wie der Vorjahreswert. di

Themen der letzten Helfte

Heft 1 / Januar 1988

Fortschreibung der Bevölkerung
Bevölkerungsentwicklung 1986
Das Erntejahr 1987
Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 1987
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1986
Strafvollzug 1986/87
Krankenhaus-Software für das Verfahren MARK

Heft 2 / Februar 1988

Die Wahl zum 11. Deutschen Bundestag in Rheinland-Pfalz am 25. Januar 1987
Erntejahr 1986

Heft 3 / März 1988

Gehaltsstruktur des Landespersonals
Neuere Tendenzen im Anbau auf dem Ackerland
Entwicklung des Kartoffelanbaues
Meldepflichtige Krankheiten 1980 bis 1987
Personalverwaltungssystem für Krankenhäuser
DV-Verfahren MARK zur Bewirtschaftung des medizinischen Sachbedarfs

Heft 4 / April 1988

Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2001
Reale Arbeitseinkommen der Industriebeschäftigten 1972 bis 1986
Ausstattung und Größe der Fremdenverkehrsbetriebe am 1. Januar 1987
Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes
Insolvenzen 1987
Regionale Entwicklung des Getreidebaus

Heft 5 / Mai 1988

Neues Wahlsystem bei Kommunalwahlen
Beschäftigtenzahlen aus der Statistik im produzierenden Gewerbe
Ausländer 1987

Heft 6 / Juni 1988

Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt 1983 bis 1987
Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 1987/88
Außenhandel mit Wein 1983 bis 1987
Stromversorgung

Heft 7 / Juli 1988

Das neue Wahlsystem bei Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz
Zeitreihenanalyse und Prognose mit der Box-Jenkins-Methode
Milchwirtschaft und Garantiemengenregelung
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1987
Einkommensstruktur der freien Berufe

Heft 8 / August 1988

Ernteaussichten 1988
Unternehmensumsätze
Wohnungsmieten im Preisindex für die Lebenshaltung
Arbeitskostenerhebung 1988
Diagnosendokumentation im Krankenhaus

Heft 9 / September 1988

Stichprobenstatistiken in der gewerblichen Wirtschaft
Abgrenzungsmethoden für Fremdenverkehrsgebiete
Landwirtschaftlicher Grundstücksmarkt 1987
Neue Druckertechnologien im Rechenzentrum

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.